

# AUFWACHSEN IN BRANDENBURG

Beispiele von Selbstorganisation und Unterstützung  
von jungen Geflüchteten



**task**

teilhabe an schule und kita

flüchtlingsrat  
brandenburg

# IMPRESSUM

## HERAUSGEBER

Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrates e.V.  
Rudolf-Breitscheid-Str. 164  
14482 Potsdam  
Tel.: 0331 – 716 499  
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de  
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

## PROJEKTMITARBEITERINNEN

Ivana Domazet, Lotta Schwedler

## REDAKTION

Lotta Schwedler (ViSDP)

## ZEICHNUNGEN

Elwin Chalabianlou Veijeh (mit freundlicher Genehmigung zur Verfügung gestellt von ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus)

## FOTOS

Wenn nicht anders angegeben: privat

## GESTALTUNG UND PRODUKTION

TEKTEK | Tünya Özdemir | www.tektek.de

## BERLIN, AUGUST 2018

Die Inhalte der vorliegenden Broschüre dürfen vollständig oder in Teilen verwendet, kopiert und weitergeleitet werden, sofern der Urheber in allen Kopien genannt wird.

Das Projekt *MentorInnen für Flüchtlingskinder – Begleitung der Integration von Flüchtlingskindern* wurde gefördert von Aktion Mensch, Terre des hommes, der Heidehof Stiftung, der Freudenberg Stiftung und der F.C. Flick Stiftung.



## SPENDENKONTO

Förderverein des Brandenburgischen Flüchtlingsrates e.V.  
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam  
IBAN.: DE33 1605 0000 3501 0100 00  
BIC: WELADED1PMB



*„Das Wichtigste ist, dass man den Kindern und Jugendlichen zuhört und sie nach ihren Wünschen fragt und sie dementsprechend unterstützt.“*

*Elisabeth Helm, Mentorin bei TASK*

# INHALT

## **5 VORWORT**

Teilhabe an Kita und Schule: Drei Jahre TASK – Beratung, Vernetzung und Fortbildung von Mentor\*innen von geflüchteten Kindern und Jugendlichen  
Lotta Schwedler

## **6 EINLEITUNG**

Geflüchtete Kinder und Jugendliche im Land Brandenburg  
Lotta Schwedler

## **11 ALS GRUPPE FINDEN WIR GEMEINSAM UNSEREN WEG**

Ein Gespräch mit Jibran Khalil, Mentor des Projektes TASK, Mohamed, Hafizulah, Arif und Saad

## **17 IM HEIM HABE ICH VIELE ABSCHIEBUNGEN GESEHEN**

Ein Gespräch mit Elisabeth Helm, Mentorin des Projektes TASK, und der zwölfjährigen Khava

## **22 VERBINDLICHE NETZWERKE SIND FÜR EINE UNTERSTÜTZUNG VON JUNGEN GEFLÜCHTETEN WICHTIG**

Ein Gespräch mit Christiane Goldschmidt, Mitarbeiterin beim Jugendmigrationsdienst Barnim-Oberhavel

## **25 RASSISMUSERFAHRUNGEN VON GEFLÜCHTETEN JUGENDLICHEN IN DER SCHULE**

Ibrahim Mohamad

## **28 DIE AUSWIRKUNGEN VON RASSISMUS UND GEWALT AUF DAS LEBEN JUNGER GEFLÜCHTETER IM LAND BRANDENBURG – DAS BEISPIEL JÜTERBOG**

Hannes Püschel, Opferperspektive e.V.

# VORWORT

## TEILHABE AN KITA UND SCHULE: DREI JAHRE TASK – BERATUNG, VERNETZUNG UND FORTBILDUNG VON MENTOR\*INNEN VON GEFLÜCHTETEN KINDERN UND JUGENDLICHEN

Die vorliegende Broschüre ist im Rahmen des Mentor\*innen-Projektes *TASK – Teilhabe an Kita und Schule* des Flüchtlingsrats Brandenburg entstanden. Von September 2015 bis August 2018 konnte ein Netzwerk von Mentor\*innen und anderen Ehrenamtlichen aufgebaut werden, das geflüchtete Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag begleitet und unterstützt. Ziel des Netzwerkes ist es, Bedingungen zu schaffen, die geflüchteten Kindern und Jugendlichen Chancen auf eine kindgerechte Entwicklung bieten. Dies schließt ein kindgerechtes Wohnumfeld, einen diskriminierungsfreien Zugang zu Kindergarten, Schule und staatlichen Hilfsangeboten sowie eine ausreichende Gesundheitsversorgung mit ein. Die begleiteten Mentor\*innen sind zu kompetenten und engagierten Ansprechpartner\*innen für die Fragen und Probleme der Kinder und Jugendlichen, aber auch ihrer Eltern geworden. Durch Beratung, Fortbildung und Vernetzungsveranstaltungen wurden sie vom Flüchtlingsrat dabei unterstützt. Ein weiteres Anliegen war die Sensibilisierung von Fachkräften und politischen Entscheidungsträger\*innen für die Be-

lange und Bedarfe von geflüchteten Kindern in Brandenburg. Mit lokalen Informationsveranstaltungen sowie durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit konnte hier ein Dialog angeregt werden, der über das Projekt hinausreicht.

Die Broschüre stellt ein Blitzlicht auf die Themen dar, die viele geflüchtete Kinder und Jugendliche in Brandenburg beschäftigen. Sie gibt einen Einblick in die Projektarbeit der vergangenen drei Jahre. Die Interviews mit Mentor\*innen, geflüchteten Kindern und Jugendlichen und Fachkräften sowie die begleitenden Artikel zeigen eindrücklich, welchen Formen von (struktureller) Diskriminierung Heranwachsende mit Fluchterfahrung ausgesetzt sind. Sie machen deutlich, dass es vor allem im Bereich Unterbringung, Gesundheit und Bildung klarer politischer Positionen, Konzepte und Visionen von Entschei-

dungsträger\*innen auf Landes- und kommunaler Ebene bedarf, um Teilhabe zu ermöglichen und Ungleichheiten abzubauen. Gleichzeitig zeigen die Beiträge, wie viel Stärke und Motivation gemeinsam freigesetzt werden kann, um an der Basis durch solidarisches Handeln Unterstützung zu leisten und so Veränderungen herbeizuführen. Dies ist von großer Bedeutung für ein gesundes Aufwachsen und ein Ankommen geflüchteter Kinder.

Wir danken allen Mentor\*innen für ihr unermüdliches Engagement der letzten Jahre und allen Kindern und Jugendlichen, mit denen wir im Rahmen des Projektes zusammenarbeiten durften. Einige ihrer Perspektiven finden sich in dieser Broschüre wieder. Außerdem bedanken wir uns bei den Fördermittelgebern für die Unterstützung des Projektes.

Lotta Schwedler, Projektleitung



# EINLEITUNG

## GEFLÜCHTETE KINDER UND JUGENDLICHE IM LAND BRANDENBURG

*Lotta Schwedler*

---

2017 lebten im Land Brandenburg 10.885 minderjährige Geflüchtete<sup>1</sup>. Damit waren rund 30 Prozent aller Geflüchteten in Brandenburg unter 18 Jahre alt und 51 Prozent unter 25 Jahre. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stellen die weit größte Gruppe der Geflüchteten im Bundesland dar.

Jedes Kind – unabhängig davon, ob es mit seinen Eltern oder ohne diese nach Deutschland eingereist ist – genießt nach der UN-Kinderrechtskonvention dieselben Rechte wie alle anderen Minderjährigen. Außerdem gelten nach der EU-Aufnahmerichtlinie geflüchtete Kinder und Jugendliche als besonders schutzbedürftig. Ihnen stehen als Gruppe besondere Rechte zu, die ihnen aber häufig verwehrt werden. Zur rechtlichen Schlechterstellung von begleiteten minderjährigen Geflüchteten schreibt der *Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge*:

*„Verschiedene Bestimmungen u.a. im Asylgesetz (Unterbringung, Residenzpflicht, Sachleistungsprinzip) und Asylbewerberleistungsgesetz (Gesundheitsversorgung) führen nicht nur zu einer systematischen Benachteiligung gegenüber anderen Kindern, sondern implizieren auch die Nichtbeachtung des Kindeswohls im deutschen Asyl- und Aufnahmesystem.“<sup>2</sup>*

---

**ANKOMMEN IN DER ERSTAUFNAHME:  
„WAS DIE KINDER DANN IN  
DEUTSCHLAND ERWARTET, SIND  
NEUE LAGER MIT STACHELDRAHT“**

---

Kinder und ihre Familien werden nach ihrer Ankunft in oder ihrer Verteilung nach Brandenburg zunächst in einer Einrichtung der Erstaufnahme untergebracht. Im Lauf des Jahres 2016 wurden dort 3.421 begleitete Minderjährige registriert, 2017 waren es 1.107.<sup>3</sup> Kindern und Jugendlichen steht in den isolierten Lagern nur medizinische Notversorgung zu, immer wieder wird der Auszug von Minderjährigen mit zum Teil schweren körperlichen und psychischen Erkrankungen aus der Erstaufnahme trotz medizinischer Gutachten nicht gestattet. Sie verbleiben zum Teil weit über die maximal zulässigen sechs Monate hinaus in der Erstaufnahmeeinrichtung. Schulpflichtige Kinder werden – obwohl die Gesetzeslage eine Schulpflicht ab dem dritten Monat des Aufenthalts vorsieht – weiterhin in Lagerschulen auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung unterrichtet, deren Stundeninhalte und -umfang hinter dem Curriculum von Regelschulen zurückbleiben.

Viele Kinder, besonders Kinder aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten und Kinder im Dublin-Verfahren, sind damit auf Dauer von einem Regelschulbesuch ausgeschlossen. Dies verstößt gegen ihr Recht auf Bildung nach Art. 28 der UN-Kinderrechtskonvention. Familien mit Kindern sollten schnellstmöglich, spätestens aber nach drei Monaten, aus der Erstaufnahme aus- und in den dann zuständigen Landkreis ziehen dürfen.

Die Angst vor Abschiebungen ist für Kinder und Jugendliche dauerhaft präsent: Während im Jahr 2014 aus der Erstaufnahme sechs Kinder und Jugendliche (0–20 Jahre) abgeschoben wurden, stieg diese Zahl im Jahr 2017 auf 94 Abschiebungen. Zwischen 2013 und 2017 waren 33 junge Menschen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren in der Abschiebehäft in Eisenhüttenstadt sogar inhaftiert.<sup>4</sup> Darüber hinaus nehmen Kinder und Jugendliche natürlich auch die zum Teil gewaltvollen Abschiebungen von Erwachsenen wahr.

„Der Aufenthalt in der Erstaufnahme macht Kinder krank. Viele von ihnen haben ihre Kindheit in Lagern verbracht – in der Türkei, im Sudan, in Libyen, in Griechenland, im Libanon. Sie hoffen auf Schule, ein Zuhause und Sicherheit. Was die Kinder dann in Deutschland erwartet, sind neue Lager mit Stacheldraht“,

berichtet Jibril Khalil, Mitglied der Initiative *Jugendliche ohne Grenzen* und Mentor des TASK-Projektes.<sup>5</sup>

## EINE KINDHEIT IN GEMEINSCHAFTSUNTERKÜNFTE

Die große Mehrheit der Familien wird nach dem Auszug aus der Erstaufnahme auch in der dann zuständigen Kommune in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Ein Auszug ist auf Grund des angespannten Wohnungsmarktes, fehlenden sozialen Wohnungsbaus und diskriminierender Strukturen bei der Vergabe von Wohnungen für viele auch nach der Anerkennung nicht möglich. So werden Übergangs- und Gemeinschaftswohnheime zu einem langfristigen Zuhause, in dem Kinder und Jugendliche eine wichtige Phase ihres Aufwachsens verbringen.

Fehlende Privatsphäre und Rückzugsräume, das Zusammenleben mit fremden Menschen auf engstem Raum, das Erleben von Gewalt sowie die oft abgelegene Lage der Unterkünfte führen zu Isolation und gesellschaftlichem Ausschluss. Gemeinschaftsunterkünfte können kein kindgerechtes Wohnumfeld darstellen. Eine Unterbringung in Sammelunterkünften – ob in der Erstaufnahmeeinrichtung oder in einer der Landkreise – gefährdet das Wohl der dort lebenden Kinder und verletzt elementare Rechte von Minderjährigen. Um ein gesundes Aufwachsen zu ermöglichen, müssen Kinder dezentral und in Wohnungen untergebracht werden.

Der große Wunsch nach einer eignen Wohnung und einem eigenen Zimmer als geschützter Raum zog sich durch alle Gespräche, die im Rahmen des Projektes mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen geführt wurden; es ist ein zentrales Thema bei vielen unserer Beratungen.

## KINDHEIT IN DER SCHWEBE: KETTENDULDUNGEN UND ANGST VOR ABSCHIEBUNG

Unsichere Aufenthaltssituationen, Kettenduldungen und eine rechtliche Schlechterstellung z.B. wegen einer vermeintlich „schlechten Bleibeperspektive“ führen darüber hinaus zu umfassender Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen. Sie verhindern die gesellschaftliche Teilhabe in kommunalen Systemen. Ende 2017 lebten 2.082 Minderjährige mit einer Duldung bzw. mit einer so genannten Ausreisepflicht in Brandenburg.<sup>6</sup>

In dem Interview mit der 12-jährigen Khava (S. 17) werden die Auswirkungen dieser unsicheren Situation und der Angst, abgeschoben zu werden, deutlich. Ihre Mentorin Elisabeth erzählt: „Im Kirchenasyl hat Khusein [Khavas Bruder] fast gar nicht gestottert. Man hat gemerkt, wie die Angst vor der Abschiebung nach Polen sein Stottern verschlimmert hat.“ Und Khava ergänzt: „Ja, vor dem Kirchenasyl hat er fast gar nicht sprechen können.“ Und dass es beim jüngeren Bruder im Grunde genauso gewesen sei.

## BEGLEITETE MINDERJÄHRIGE: NICHT IM BLICKFELD DER JUGENDÄMTER

Ein wichtiges Anliegen des Projekts war die Verbesserung des Zuganges zu Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe für begleitete minderjährige Geflüchtete. Denn obwohl allen geflüchteten Kindern diese Leistungen zustehen, sind besonders begleitete Minderjährige von ihnen in der Praxis häufig ausgeschlossen. Dies zeigten diverse Gespräche mit Mitarbeiter\*innen und Leiter\*innen von verschiedenen Jugendämtern. Nur wenige Jugendämter halten über akute Meldungen von Kindeswohlgefährdungen hinaus regelmäßigen Kontakt zu Familien in Gemeinschaftsunterkünften und den Unterkünften der Erstaufnahme. Es besteht in der Regel kein Wissen über die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in Unterkünften und ihre Bedarfe. Es fehlen

oft Strategien, Netzwerke und Ressourcen für eine aufsuchende, präventive und Vertrauen aufbauende Arbeit in den Unterkünften. Die systematische Gefährdung des Kindeswohls durch (versorgungs-) rechtliche Schlechterstellung und die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften fordert jedoch eine Unterstützung durch Jugendämter und andere Regeldienste in besonderer Weise. Dem sozialpädagogischen Bedarfen von begleiteten Minderjährigen muss durch einen flächendeckenden Zugang zu Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe Rechnung getragen werden.

## UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE GEFLÜCHTETE

Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur *Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher* am 01.11.2015 werden nun auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) auf die Bundesländer verteilt. Während sich 2014 lediglich 76 UMF in Brandenburg aufhielten, wurden im Januar 2017 1.554 UMF im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe betreut.<sup>7</sup> Rund neun Prozent leben in Gemeinschafts- und anderen Unterkünften, die nicht in Kinder- und Jugendhilfeträgerschaft sind. Vormund\*in ist dann in der Regel ein anderes Familienmitglied. Der überwiegende Teil der Minderjährigen ist bei Inobhutnahme durch die Jugendämter zwischen 16 und 17,5 Jahren alt. Die Hauptherkunftsländer sind Afghanistan und Syrien, die Zahl der Jugendlichen aus Eritrea und Somalia ist steigend.



Bundesweit sind die bereinigten Gesamtschutzquoten für unbegleitete Minderjährige stark gesunken: Während die Schutzquote 2016 bei etwa 95 Prozent lag, sank sie im 2. Quartal 2018 auf nur noch etwa 60 Prozent.<sup>8</sup> Dies deckt sich mit den Erfahrungen aus der Beratungspraxis in Brandenburg. Obwohl die Schutzquoten sinken, hat sich die Sicherheitslage in den Herkunftsländern der Minderjährigen jedoch in der Regel nicht verbessert. Die Ablehnung des Asylantrages und die damit einhergehende unsichere Perspektive belasten geflüchtete Jugendliche stark. Die Interviews mit einer Gruppe junger Erwachsener, die als unbegleitete Minderjährige nach Brandenburg gekommen sind (S. 11), und Christiane Goldschmidt, Mitarbeiterin des Jugendmigrationsdienstes in Barnim-Oberhavel (S. 22), zeigen die schwerwiegenden Konsequenzen: Da die Finanzierung von Anwalt\*innen nicht über das SGB VIII gedeckt wird, müssen viele nach der Schule und in ihren Ferien arbeiten, um im Asyl- und Klageverfahren die anwaltliche Vertretung bezahlen zu können. Die Bestellung von Fachanwält\*innen als Ergänzungspfleger\*in neben dem/der Vormund\*in wäre eine Lösung, die in Brandenburg leider bisher kaum bis gar keine Anwendung findet. Viele der Jugendlichen sehen sich nach Ablehnung ihres Asylantrages gezwungen, die Schule abzubrechen, um sich zur Sicherung ihres Aufenthaltes einen Ausbildungsplatz zu suchen. Häufig steht bei der Wahl der Ausbildung nicht der eigene Berufswunsch im Mittelpunkt, sondern der Handlungsdruck, möglichst schnell in Ausbildung zu kommen. Gleichzeitig bleibt nun der Nachzug der Eltern endgültig verwehrt – eine große psychische Belastung, die sich auf ihr Gefühl der Selbstwirksamkeit und auch auf ihre Bildungserfolge auswirken kann. Eine aktuelle Studie der Fachhochschule Potsdam zeigt, dass







*„sich der Großteil der Belastungen der [unbegleiteten Minderjährigen] nicht vorwiegend in ihren vergangenen Erfahrungen, sondern im derzeitigen lebensweltlichen Kontext [artikuliert]. Ohne planbare Zukunftsperspektive können sich dabei auch die für eine eigenständige Lebensführung notwendigen Alltagsroutinen kaum etablieren.“<sup>9</sup>*

Bei einer Befragung von Fachkräften aus Clearingeinrichtungen und Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sagten 91 Prozent der Befragten aus, dass

*„sich das laufende Asylverfahren und der unklare Aufenthalt unmittelbar und erkennbar negativ auf das physische und psychische Befinden der Jugendlichen“*

auswirkten.<sup>10</sup>

Ein zentrales Thema neben diesen Unsicherheiten war für die Jugendlichen, die durch Mentor\*innen und den Flüchtlingsrat im Rahmen des Projektes begleitet wurden, der Zugang zu Schule und Ausbildung.

---

## GLEICHE BILDUNGSCHANCEN?

---

Ab sechs Wochen nach der Verteilung auf die Kommunen gilt in Brandenburg die Schulpflicht für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Wohnen die Minderjährigen in einer Jugendhilfeeinrichtung, ruht die Schulpflicht für drei Monate nach dem Beginn der Inobhutnahme. Das heißt, dass auch Kinder, die sich im Asylverfahren befinden oder eine Duldung besitzen, schulpflichtig sind. Die überwiegende Mehrheit der rund 9.000 einzugliedernden Kinder<sup>11</sup> in Brandenburg geht in Grundschulen (5.519), 2.369 in Oberschulen und lediglich 190 in Gymnasien.<sup>12</sup> Die geringe Anzahl von

einzugliedernden Schüler\*innen an Gymnasien zeigt die Undurchlässigkeit des Schulsystems „nach oben“. Kinder und Jugendliche und ihre Mentor\*innen berichteten immer wieder davon, dass geflüchteten Kinder trotz der entsprechenden Noten eine Gymnasialempfehlung verwehrt, oder der nötige Nachhilfeunterricht zur Versetzung in die gymnasiale Oberstufe nicht genehmigt wird (vgl. S. 18 dieser Broschüre).

Für Kinder ohne oder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen wurden an allgemeinbildenden Schulen Vorbereitungsgruppen und Förderkurse eingerichtet. Studien<sup>13</sup> zeigen, dass die segregierte Beschulung in vielerlei Hinsicht Probleme aufweist und Bildungsbenachteiligung dadurch verschärft wird. Um diese strukturelle Diskriminierung abzufedern, wäre eine flächendeckende inklusive Beschulung in Regelklassen mit entsprechenden Ressourcen und Konzepten zentral.

Die Ergebnisse dieser Studien decken sich mit den Erfahrungen im Rahmen der Projektarbeit des Flüchtlingsrates. Die Kritik von Fachkräften, Mentor\*innen und geflüchteten Jugendlichen an der segregierten Beschulung betrifft vor allem die Beschulungspraxis im Bildungsgang berufliche Grundbildung Plus (BFS-G-Plus) an Brandenburger Oberstufenzentren. Der zweijährige Bildungsgang soll berufsschulpflichtige Geflüchtete ohne Ausbildungsplatz fit für eine Ausbildung machen. Die für diese Broschüre interviewten Jugendlichen beschreiben, dass die segregierte Beschulung den Kontakt zu deutschen Jugendlichen verhindert, was gesellschaftliche Teilhabe und das Erlernen der deutschen Sprache erschwert. Eine Binnendifferenzierung innerhalb der Klassen findet kaum statt, sodass den unterschiedlichen Bildungsniveaus keine Rechnung getragen werden kann. Auch nach Abschluss des Bildungsganges fühlen sich viele nicht ausreichend auf eine Ausbildung vorbereitet. Viele von ihnen besuchen weitere Deutschkurse nach Unterrichtsschluss am Nachmittag, um eigenständig diese Lücke zu schließen (vgl. S. 12 dieser Broschüre). Eine Evaluation des Bildungsganges und entsprechende Nachbesserungen bzw. die sukzessive Integration der geflüchteten Jugendlichen in Regelklassen müssen unbedingt in Angriff genommen werden.

Die Forschungsergebnisse zu Rassismuserfahrungen von geflüchteten Schüler\*innen in Cottbus (S. 25 dieser Broschüre) weisen außerdem darauf hin, dass Alltagsrassismus an Brandenburger Schulen und strukturelle Diskriminierung im Bildungssystem dazu führen, dass Bildungschancen ungleich verteilt sind und Schule häufig nicht als Ort der Stärkung und des Schutzes empfunden wird. Eine intensive Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus wäre für Brandenburger Lehr- und Fachkräfte unbedingt nötig. Ein zentraler Ort, um Bildungsungleichheiten frühzeitig vorzubeugen, sind darüber hinaus Kindertagesstätten. In Brandenburg besteht ab dem ersten Geburtstag des Kindes ein Anspruch auf eine Betreuung von sechs Stunden täglich. Dieser gilt auch für Geflüchtete. Viele Eltern bleiben jedoch bei ihrer Suche nach einem Kindergarten erfolglos, da landesweit Kitaplätze fehlen. In Cottbus konnten beispielsweise Anfang 2018 81 Prozent der geflüchteten Kinder im Kindergartenalter keine Kindertagesstätte besuchen. Um dem Recht eines jeden Kindes auf frühkindliche Bildung zu entsprechen, bedarf es eines massiven Ausbaus der Kindergartenbetreuung im Land.

## **AUSBLICK: SOLIDARITÄT UND UNTERSTÜTZUNG DURCH SELBSTORGANISATION UND NEUE NETZWERKE**

In den vergangenen Jahren und vor allem seit 2015 haben sich in Brandenburg zunehmend selbstorganisierte Strukturen von geflüchteten Jugendlichen, aber auch neue Netzwerke von ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierten gebildet, die ein gegenseitiges Empowerment und eine qualifizierte Unterstützung für geflüchtete Heranwachsende bieten. Organisationen wie *Jugendliche ohne Grenzen*, das Geflüchteten Netzwerk Cottbus und afghanische, syrische und tschetschenische Selbstorganisationen und Netzwerke, um nur einige zu nennen, haben dazu beigetragen, dass die Perspektiven von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in der Öffentlichkeit Gehör finden. Mit Kreativität und Vehemenz setzen sie sich gegen Rassismus und für eine selbstbestimmte Teilhabe von Geflüchteten in Brandenburg ein.

## **ENDNOTEN**

- 1 Quelle: Ausländerzentralregister, Stand Dezember 2017. Die Zahl umfasst Kinder mit Aufenthaltsgestattung, Duldung und mit einem Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen.
- 2 Quelle: BumF (2017): <http://www.b-umf.de/de/themen/begleitete-minderjaehrige>.
- 3 Quelle: Antwort des Innenministeriums auf eine telefonische Anfrage.
- 4 Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nr. 29 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/7793, Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer aus Brandenburg, März 2018.
- 5 Quelle: Flüchtlingsrat Brandenburg (2018): Geplante AnKER-Zentren verletzen elementare Rechte von Minderjährigen, PM vom 05.07.2018.
- 6 Quelle: Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Nr. 29 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/7793, Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer aus Brandenburg, März 2018.
- 7 Quelle: Alle folgenden Zahlen stammen aus dem „Bericht der Landesregierung zu den Auswirkungen der bundes- und landesrechtlichen Regelungen auf die Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer im Land Brandenburg“, Stand Februar 2017.
- 8 Quelle: Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das zweite Quartal des Jahres 2018, BT-Drucksache 19/3886.
- 9 Thomas, S. et al. (2017): Unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Brandenburg. Evaluation der Unterbringungssituation unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter im Land Brandenburg mit Schwerpunkt auf die subjektive Sicht der Jugendlichen. FH Potsdam. S. 82.
- 10 Drucksache 6/8135, Bericht der Landesregierung: Auswirkungen der bundes- und landesrechtlichen Regelungen auf die Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer im Land Brandenburg, Dezember 2017. S. 33.
- 11 Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind nur eine Teilmenge der Schulpflichtigen, die nach der Eingliederungs- und Schulpflichtruhensverordnung beschuldigt werden, allerdings bilden sie hier die mit Abstand größte Gruppe.
- 12 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (2018): Flucht, Asyl und Integration: Kinder und Jugendliche, Weiterbildung und Sport im Land Brandenburg.
- 13 Vgl. z.B. Karakayali, J. et al./Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (2017): Die Beschulung neu zugewanderter und geflüchteter Kinder in Berlin. Praxis und Herausforderungen.

## ALS GRUPPE FINDEN WIR GEMEINSAM UNSEREN WEG

*Ein Gespräch mit Jibran  
Khalil, Mentor des Projektes  
TASK, Mohamed, Hafizulah,  
Arif und Saad*



Die vier Jugendlichen, mit denen wir gemeinsam mit Jibran Khalil gesprochen haben, leben seit zwei bis drei Jahren in Brandenburg. Sie engagieren sich bei der Organisation *Jugendliche ohne Grenzen*, einige von ihnen sind im bundesweiten Netzwerk *Welcome United* aktiv.

Mohamed kommt aus Somalia und lebt in Cottbus. Er geht zur Schule und hofft auf einen Ausbildungsplatz. Hafizulah und Arif kommen aus Afghanistan. Hafizulah geht zur Schule, Arif macht eine Ausbildung zum Koch in Caputh. Saad kommt aus Guinea. Während die anderen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe leben, wohnt er in einer Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Erwachsene in Seddin.

*Ihr seid alle bei Jugendliche ohne Grenzen oder Welcome United aktiv. Warum ist euch das wichtig?*

H: Als *Jugendliche ohne Grenzen* treffen wir uns einmal im Monat. Wir reden über unsere Probleme – Wohnungsprobleme, Probleme mit dem BAMF-Interview und so weiter – und finden gemeinsam Lösungen. Wenn man allein ist, weiß man nicht, wel-

chen Weg man gehen muss. Als Gruppe finden wir gemeinsam unseren Weg.

*Was hast du für Erfahrungen in Deutschland gemacht?*

H: Es war alles schwierig: Mit der Kultur klarkommen, mit der Sprache. Seitdem ich Deutsch spreche, verstehe ich auch die Kultur besser. Seitdem fühle ich mich ganz verändert.

*Was bedeutet das konkret?*

H: Als ich in Afghanistan war, hatte ich keine Perspektiven, in welchem Bereich ich arbeiten will zum Beispiel. Hier in Deutschland habe ich ganz neue Ideen und Ziele und die will ich erreichen. Ich will eine Ausbildung zum Altenpfleger machen. Morgen habe ich ein Vorstellungsgespräch.

Als ich nach Deutschland gekommen bin, war ich zuerst in Hamburg. Dann bin ich nach Diepholz in Niedersachsen verteilt worden. Da bin ich noch immer angemeldet und war einen Monat lang im Heim. Danach haben sie eine Pflegefamilie für mich in

Brandenburg gefunden, das hat mich gefreut. Erst haben wir in Neuruppin gewohnt und dann haben sie ein Haus am Schwielowsee gekauft. Ich bin da auch angemeldet. Aber die Ausländerbehörde hat gesagt, dass ich nur bis zum Ende des Schuljahres bleiben darf. Wenn ich einen Ausbildungsplatz habe, kann ich auch länger bleiben. Aber wenn ich keine Ausbildung finde, muss ich zurück nach Niedersachsen. Ich gehe gerade in eine BFGS-Plus-Klasse am Oberstufenzentrum.

M: Ich bin vor zwei Jahren nach Potsdam-Mittelmark gekommen. Ich war erst in Bremen. Dann haben sie mich nach Brandenburg verteilt. Ich konnte kein Wort Deutsch. Jetzt habe ich Deutsch gelernt und habe auch deutsche Freunde. Am Anfang habe ich aber nur mit somalischen Leuten meine Zeit verbracht, heute kommen meine Freunde aus vielen Ländern. Es war gut, bei *Jugendliche ohne Grenzen* aktiv zu sein und auf diese Weise viele Menschen kennenzulernen.

Ich habe hier viele gute und schlechte Erfahrungen gemacht. Zum Beispiel habe ich viel Rassismus erlebt. Viele

Menschen denken, dass wir nur schlechte Dinge machen, dass wir nur hier sind wegen des Geldes. Aber sie verstehen das falsch. Wir sind hierher geflüchtet, weil in unseren Ländern Krieg herrscht. Wir wollen unser Leben weiterführen, wir wollen Leuten Gutes tun. Ich bin zum Beispiel im Pflegebereich tätig und möchte mit Menschen arbeiten. Wenn Menschen mich beleidigen, verletzt mich das. Ich erlebe Rassismus auf der Straße und in der Schule. Aber in der Schule ignoriere ich das.

*Ihr wart ja auch mal unbegleitete Minderjährige. Welche Erfahrungen habt ihr mit der Jugendhilfe gemacht?*

M: Am Anfang habe ich mich wie ein kleines Baby gefühlt. Ich habe meinem Bezugsbetreuer gesagt: „Ich brauche deine Hilfe.“ Aber heute glaube ich, dass ich alles allein schaffen kann.

A: Ich wollte gern zur Schule gehen, bis ich meinen Schulabschluss gemacht habe. Das hätte noch zwei Jahre gedauert. Mein Asylantrag ist nach zwei Monaten direkt abgelehnt worden – ich komme aus Afghanistan. Dann konnte ich nicht weiter zu Schule gehen und musste unbedingt einen Ausbildungsplatz suchen. Wenn ich keine Ausbildung finde, schieben sie mich nach Afghanistan ab. Die Ausbildung zu finden, war schwer. Ich wollte gern eine Ausbildung zum Verkäufer machen, aber dafür hätte ich einen Schulabschluss gebraucht. Ich habe in einem Hotel ein Praktikum gemacht und konnte da ohne Abschluss meine Ausbildung als Koch beginnen. Ich habe viele Probleme mit den Fächern in der Berufsschule. Ich war nicht lang genug in der Schule und habe jetzt Schwierigkeiten in Deutsch, Englisch und Mathe. Ich hätte gerne einen 10.-Klasse-Abschluss gemacht. Im Moment habe ich aber noch keine Ausbildungsduldung, weil ich gegen meinen Asylbescheid geklagt habe. Ich bin bei *Jugendliche ohne Grenzen* aktiv. Aber ich habe nicht mehr viel Zeit. Ich arbeite häufig auch an den Wochenenden und an den Feiertagen.

S: Am Anfang kannte ich niemanden in Deutschland. Anfangs war ich in Bremen. Bei *Welcome United* habe ich nette Menschen getroffen, die mir gezeigt haben, wie das Leben in Deutschland funktioniert. Dort gibt es so viele unterschiedliche Menschen – aus Syrien, Afghanistan, Deutschland, Pakistan... Ich bin immer glücklich, wenn ich mit ihnen zusammen bin. Ich habe mit Jibran und *Welcome United* auch Workshops angeboten.

J: Genau. In Teltow, Potsdam und Bernau. Wir sind das Swarming-Team Berlin-Brandenburg von *Welcome United*. Wir haben Menschen aus Osnabrück eingeladen, die erzählt haben, was man gegen Abschiebungen unternehmen kann. Wir haben tschetschenische Jugendliche in Cottbus getroffen,

die gern einen Workshop zu Bleiberecht und Schulzugang machen wollten. In Cottbus gibt es eine starke Anti-Flüchtlingbewegung. Hier wollen wir aktiv werden. Wir versuchen, nachhaltige Strukturen in Brandenburg zu schaffen. Ich bin ja schon sehr lange in Brandenburg als Aktivist unterwegs. Ich sehe gerade die größten Probleme darin, dass die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen nicht befriedigt werden können. Wenn sie zum Beispiel von Abschiebung bedroht sind, müssen sie eine Ausbildung machen in einem Beruf, den sie nicht selbst gewählt haben.

A: Ja, genau. Wir können nicht immer selbst entscheiden. Andere entscheiden für uns.

J: Sie entscheiden über unsere Leben. Was sollen wir machen? In Deutschland fehlen 35.000 Menschen in der Altenpflege, deshalb müssen wir jetzt alle in die Altenpflege.

*J: Habt ihr Freunde, die in eine reguläre Schule gehen?*

H: Ja, aber diese Möglichkeit gibt es nicht für alle. In der regulären Schule kann man sein Deutsch um 100% verbessern. Man hat bessere Chancen und eine bessere Zukunft. Wenn man in eine Willkommensklasse oder BFSG-Plus-Klasse geht, hat man kaum Möglichkeiten, einen Job zu finden. Man kann den Schulabschluss nicht vergleichen mit dem normalen 10.-Klasse-Schulabschluss. Ich wollte mich als Altenpfleger bewerben, aber sie haben mir gesagt, dass der Schulabschluss nicht reicht. Ich brauche das B1-Sprachniveau. Deshalb nehme ich neben der BFSG-Plus-Klasse an einem zusätzlichen Deutschkurs teil. Der Sprachkurs wird von der Volkshochschule angeboten, das bezahlt das Jugendamt. Ich bin 19 Jahre alt, aber ich bin noch in der Jugendhilfe. Hilfen für junge Volljährige.

S: Ich bin nicht mehr in der Jugendhilfe. Ich bin jetzt beim Sozialamt und wohne in einer Gemeinschaftsunterkunft mit anderen erwachsenen Menschen. Im Jugendwohnen war es besser. Jetzt wohne ich mit Menschen zusammen, die sind viel älter als ich. Die gehen nicht zur Schule. Manchmal habe ich Stress mit den Leuten in der Unterkunft. Wenn sie den ganzen Tag schlafen, machen sie nachts Musik in der Unterkunft. Das ist ein Problem, ich muss morgens früh aufstehen, aber die Sozialarbeiter sagen, dass sie da leider gar nichts machen können für mich.

*Warum musstest du aus dem Jugendwohnen raus?*

S: Das habe ich nicht selbst entschieden. Das hat das Jugendamt entschieden.

*Du kannst einen Antrag auf Hilfen für junge Volljährige stellen.*

S: Das hat mir niemand gesagt. Das Jugendamt hat nur gesagt: Deine Hilfe endet hier. Ich habe gefragt, was ich machen kann. Kämpfen, oder was? Aber dann habe ich gesagt: Gut, ich ziehe um.

H: Zu mir haben sie gesagt, dass ich die Hilfen nach meinem 18. Geburtstag beantragen kann. Alle sechs Monate.

M: Letztes Jahr hatte ich meine Anhörung und habe einen Negativbescheid bekommen. Dann habe ich versucht – genau wie Hafizulah und Arif – eine Ausbildung zu finden. Ich habe einen Ausbildungsplatz als Altenpfleger gefunden. Und wie bei Hafizulah hat die Schule gesagt, dass mein Abschluss dafür nicht ausreicht. Dann musste ich nochmal in die Schule gehen.

*J: Das heißt also, dass die BFSG-Plus-Abschlüsse euch gar nicht für eine Ausbildung qualifizieren?*

M: Ich habe versucht, mit meinen Bezugsbetreuer herauszufinden, welchen Abschluss ich eigentlich in der BFSG-Plus-Klasse erzielen kann. Mir wurde dann gesagt, dass der Abschluss genau wie ein Abschluss der Mittleren Reife ist, mit dem ich dann eine Ausbildung anfangen kann.

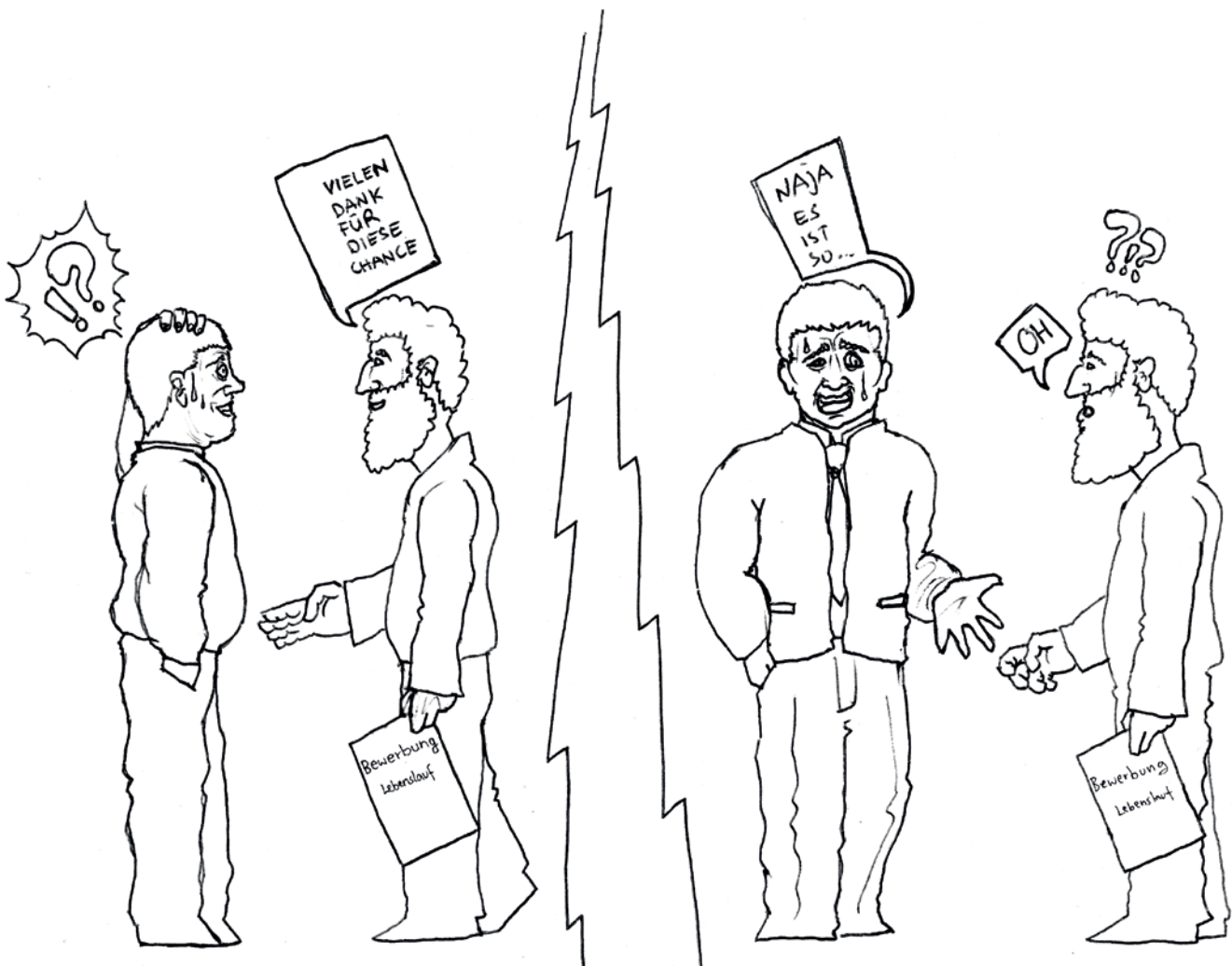
Für uns ist es auch sehr schwierig als Flüchtling eine Wohnung zu finden. Die Vermieter fragen immer, wer ihnen die Miete bezahlt, wenn wir keinen Ausbildungsplatz oder keine Arbeit haben. Wenn du dann sagst, dass das Jobcenter oder das Sozialamt die Miete zahlt, dann kriegst du keine Wohnung.

*J: Habt ihr schon versucht, eine Wohnung zu finden?*

M: Klar, ich versuche das jeden Tag. Jeden Tag schreibe ich E-Mails an Vermieter, aber ich bekommen keine Antwort.

*Wenn ihr Forderungen stellen könntet – an das Land, an die Jugendhilfe, an die Menschen, die in Brandenburg leben – was würdet ihr euch wünschen?*

S: Das Geld, das das Land für die BFSG-Plus-Klassen ausgibt, ist aus dem Fenster geschmissen. Wir vergeuden dort unsere Zeit. Die Lehrer sind nett, sie machen richtigen Unterricht. Aber sie haben keinen richtigen Plan für uns. Das ist schade. Die Jugendlichen, die wirklich was lernen wollen, die haben keine Chance. Das ist meine Sorge. Dafür muss eine Lösung gefunden werden.



H: Um Deutsch zu lernen, müssen wir mit den deutschen Schülern zusammen unterrichtet werden. Bei uns gibt es Schüler, die sind ganz intelligent – in Mathe, Naturwissenschaften und so weiter – aber die haben nicht die Möglichkeit, in einer richtigen Klasse zu sitzen und richtig zu lernen.

A: Wir wollen auch auf eine normale Schule gehen, damit wir andere deutsche Jugendliche kennen lernen und sie uns kennen lernen. Ich war in Werder auf der Schule, da waren wir immer getrennt. Die Deutschen auf der einen Seite und die Ausländer auf der anderen. Wir hatten gar keinen Kontakt miteinander.

S: Viele sagen, die Deutschen seien Rassisten. Das finde ich nicht unbedingt. Wenn man jemanden nicht kennt, dann ist es schwer, Kontakt aufzunehmen. An meiner Schule gibt es viele deutsche Jugendliche, die sind wirklich nett. Aber sie haben Angst. Ich habe keine Angst vor den Deutschen, ich rede mit allen. Ich habe mit Mädchen aus meiner Schule geredet. Sie haben über Ausländer gehört, dass sie immer Scheiße bauen, dass sie alle krank sind. Deswegen missachten sie uns. Es gibt so viele nette Jungs und Mädchen. Aber wir werden in der Schule getrennt. In verschiedenen Klassen. Seit zwei Jahren gehen wir auf die selbe Schule, wir lernen uns aber nicht kennen. Es gibt immer wieder gemeinsame

Aktionen oder Veranstaltungen – gemeinsam Kochen oder Fußballturniere. Aber wenn wir uns danach auf der Straße treffen, sagen sie nicht einmal Hallo.

H: Weißt du, wir hatten bei uns im OSZ Werder einige gemeinsame Parties. Wenn ich dann nach einem oder zwei Monaten auf die Leute zugehe und sage: „Na, kennst du mich noch?“, dann kommt keine Reaktion. Das Problem ist, dass wir keinen gemeinsamen Unterricht haben.

M: Und wir brauchen Unterstützung bei der Wohnungssuche. Wir sind erwachsen. Wir wollen nicht mehr in den Unterkünften der Jugendhilfe wohnen. Eine eigene Wohnung ist wichtig, man lernt jeden Tag etwas Neues. Aber wenn du in der Jugendhilfe bleibst, dann lernst du nichts mehr. Dein Kopf bleibt aus. Die regeln alles für dich.

S: Wir wollen wie die Deutschen leben. Wir wollen in eine richtige Schule gehen, einen richtigen Abschluss haben und eine richtige Arbeit finden. Ich mag es nicht, dass die Leute uns Geld geben, Essen geben, alles was wir brauchen. Du musst immer fragen: „Kann ich eine Unterhose haben?“ Dann kriegst du eine Unterhose. Ich will Schuhe haben, dann gibt dir das Jugendamt oder das Sozialamt Schuhe. Wir wollen leben wie normale Menschen. Das wäre ein gute Zukunft.



Außerdem dürfen zum Beispiel die Menschen, die in Potsdam-Mittelmark wohnen, nicht nach Potsdam ziehen. Und die Mitarbeiter der Ausländerbehörde drohen den Leuten. „Du musst jetzt das machen und jetzt das machen, sonst kriegst du das oder das nicht.“

Mir ist aufgefallen, dass die Menschen hier in Potsdam sehr stark an ihrer Kultur festhalten. In der Vergangenheit hatten sie wenig Kontakt mit Ausländern. Jetzt sind wir hier. Aber die Einstellung der Menschen in Potsdam hat sich nicht geändert: Ich kenne dich nicht, dann kann ich auch nichts mit dir anfangen. Wenn du ein guter Mensch bist und helfen willst, dann sagen sie: „Nein, danke. Geh weg.“ Wenn du sie begrüßt, antworten sie dir nicht. Bei uns ist es so, wenn du jemanden triffst, sagst du Hallo und fragst, wie es ihm geht. Das ist unsere Kultur. Hier ist es anders. Die Leute schweigen dich an.

H: Jedes Land hat seine positiven und negativen Seiten, positive und negative Menschen. Bei uns Afghanen ist das auch so. Ich habe zum Beispiel Nazis in Werder getroffen. Sie haben mich richtig beleidigt. Ich bin weggegangen. Sie sind hinter mir hergelaufen und haben mich wieder beleidigt. Ich habe sie begrüßt und ihnen erklärt: „In meinem Land ist Krieg, deshalb kann ich da nicht bleiben. Ich bin nicht nach Deutschland gekommen, um hier beschimpft zu werden.“ Am nächsten Tag habe ich den Menschen wieder gesehen und ihn begrüßt. Und er hat mich begrüßt. Das ist ziemlich gut gelaufen.

Wenn ein Ausländer eine Straftat begeht, dann sagen sie in den Medien nicht, dass er krank ist, oder dass er psychische Probleme hat. Sie sagen einfach: Ausländer! Dann denken die Menschen, wenn die Nachrichten das sagen, dann muss das stimmen: Ausländer sind gefährlich; du musst vorsichtig sein. Das ist das Problem.

M: Medien sind ein großes Problem. Die Medien sagen schlechte Sachen über uns, sie nennen uns Terroristen. Ich bin Moslem. Wenn ich ein Terrorist wäre, warum habe ich nicht in der ganzen Stadt schon Bomben gelegt? Ich bin Moslem und ich lebe, wie ich will. Als Mensch. Ich mache keine Probleme.

J: Die Medien pauschalisieren, die Menschen pauschalisieren.

M: Die Medien übertreiben. Religionsfreiheit ist ein Problem in Deutschland. Gesetzlich kannst du deine Religion frei ausüben. Aber manche Menschen schrecken schon zurück, wenn ich sage, dass ich Mohammed heiße. Erst wenn ich dann sehr freundlich lächle, gehen sie auf mich zu.

### *Was wünscht ihr euch noch?*

H: Wir wollen mit unseren Familien zusammenleben. Aber das Problem ist das Geld für den Weg nach Deutschland.

J: Früher durften unbegleitet Minderjährige ihre Familien bis zu ihrem 18. Lebensjahr nach Deutschland bringen. Jetzt ist es aber viel schwieriger geworden.

M: Als ich nach Deutschland gekommen bin, war ich 16 Jahre alt. Ich habe mich von meiner Mutter nicht verabschieden können. Sechs Monate lang konnte ich mit keinem meiner Familienmitglieder sprechen. Ich hatte eine schwere Depression deswegen. Ich habe ein paar Mal versucht, meine Familie nach Deutschland zu holen, aber ich habe es nicht geschafft.

### *J: Wie sieht es mit Therapien aus? Habt ihr eine Therapie machen können?*

M: Ich hab eine Therapie ausprobiert, aber sie hat nicht funktioniert. Ich habe Tabletten genommen, um schlafen zu können, aber das hat auch nicht funktioniert. Ich habe meine Familie vermisst und war hier in Deutschland allein. Ich habe versucht, mit dem Psychologen zu reden. Aber es hat nichts geholfen. Ich hatte nur noch mehr schlimme Gedanken in meinem Kopf, wenn ich zu ihm gegangen bin. In der Nacht nach der Therapiesitzung konnte ich nie schlafen.

J: Viele Jugendliche kriegen aber auch keine Therapie, die Angebote fehlen in vielen Landkreisen.

### *Was sind eure Träume für die Zukunft. Wo seht ihr euch in drei Jahren?*

M: In drei Jahren möchte ich meine Ausbildung abgeschlossen haben, ein Bleiberecht haben und eine Arbeit.

H: Ich will meine Ausbildung fertig machen und danach mein Abitur.

J: Arif, wo kann ich dich in drei Jahren finden?

A: In Deutschland. Und ich möchte meinen Ausweis haben. Einen Aufenthaltstitel.

S: Ich will auch in Deutschland bleiben. Ich hab hier keine großen Probleme. Ich will in eine normale Schule gehen und eine normale Arbeit finden wie ein normaler Menschen.

H: Und ich hoffe natürlich immer, dass meine Familie hierher kommen kann.



Leben  
im Lager



## IM HEIM HABE ICH VIELE ABSCHIEBUNGEN GESEHEN

*Ein Gespräch mit Elisabeth Helm, Mentorin des Projektes TASK, und der zwölfjährigen Khava*

*Stellt euch doch mal kurz vor...*

E: Vor drei Jahren habe ich angefangen, mich in der Initiative *Flucht und Migration Cottbus*, kurz *Flumico*, zu engagieren. Die letzten Jahre habe ich außerdem den Flüchtlingsrat als Mentorin von geflüchteten Kindern und Jugendlichen unterstützt. Wenn man Familien zu ihrer Bleiberechtsperspektive berät, dann passiert hier viel über ihre Kinder, weil an diese häufig wesentliche Bleiberechte geknüpft sind.

K: Ich heiße Khava und gehe in die sechste Klasse. Meine Familie kommt aus Tschetschenien. Ich bin jetzt drei Jahre in der Schule. Elli habe ich damals im Heim kennengelernt.

E: Wir sind mit den Kindern aus dem Heim ins Theater gegangen und haben so auch ihre Familien kennengelernt und zu ihnen Vertrauen aufgebaut. Das war wichtig für die spätere Begleitung. Ich kann mich noch daran erinnern, wie ich deine Mutter getroffen habe und ihr den Beratungszettel auf Russisch gegeben habe. Sie ist in Tränen ausgebrochen. Sie sagte, dass ihr das in Deutschland noch nie passiert sei, dass jemand sie auf Russisch anspricht.

*Khava, wie war es hier am Anfang für dich?*

*In meiner Schule haben die Kinder mal ein Spiel gespielt und ich habe gefragt, ob ich mitspielen kann. Da haben sie gesagt: „Ausländer dürfen nicht mitspielen.“ Ich bin zu der Lehrerin gegangen und habe ihr das erzählt. Sie hat mit demjenigen, der das gesagt hat, gesprochen. Es ist dann ein bisschen besser geworden.*

K: In der Schule war es schwer. Ich hatte gar keine Freunde. Da war so ein Mädchen, die für mich übersetzt hat, was die Lehrerin gesagt hat. Ansonsten mochten die Kinder mich eigentlich nicht. Die haben mich beleidigt und Ausländer genannt. Ich konnte nichts tun. Manchmal habe ich es Elli erzählt.

E: Es fiel dir schwer, die Ausgrenzung konkret zu benennen. Ich weiß nicht genau, ob es an der Sprache lag. Es war einfach damals sehr, sehr viel für dich.

K: Heute habe ich aber ein paar Freundinnen. Aber es gibt eine... Wenn die anderen gegen mich sind – und das sind sie eigentlich fast immer –, dann hält die Freundin von mir zu ihnen. Wenn die anderen nicht in der Nähe sind, dann hält sie zu mir.

*Elli hat also deine Mutter unterstützt. Und ihr beiden? Habt euch einfach angefreundet?*

E: Als wir uns kennengelernt haben, habt ihr im Dublin-Verfahren gesteckt. In der Beratung ging es darum, wie ihr in Deutschland bleiben könnt. Dein Bruder Khussein hat sehr stark gestottert wegen der schlimmen Erfahrungen, die ihr alle gemacht habt. Wir haben es geschafft, ihn beim Sozialpsychiatrischen Dienst anzudocken.

Das war wichtig für sein Aufenthaltsverfahren, wir mussten ja seine Krankheit beweisen. Aber die Behandlung war ebenso wichtig, damit es ihm endlich besser geht. Jetzt geht es ihm eigentlich ganz gut, oder? Damals seid ihr ins Kirchenasyl gekommen. Im Kirchenasyl hat Khussein fast gar nicht mehr gestottert. Man hat gemerkt, wie die Angst vor der Abschiebung nach Polen sein Stottern verschlimmert hatte.

K: Ja, vor dem Kirchenasyl hat er fast gar nicht sprechen können.

E: Das war im Grunde bei Lors, Khavas jüngerem Bruder, auch so. Erst als er die Sicherheit im Kirchenasyl hatte, hat er angefangen zu reden.

K: Nicht nur das. Vor dem Kirchenasyl hat Lors fast gar nicht gegessen. Wir waren einen Monat lang im Kirchenasyl.

### *Khava, wie ging es dir in der Zeit?*

K: Im Kirchenasyl ging es mir eigentlich ganz gut. Wir hatten hinten im Garten einen Spielplatz. Und ich hatte eine Freundin in der Theatergruppe. Ich spiele jetzt schon seit fast zwei Jahren Theater. Im letzten Stück habe ich die Maria gespielt. Ziemlich christlich...

### *Wie lange wart ihr dann in der Gemeinschaftsunterkunft?*

K: Zwei Jahre. Da hatte ich auch Freunde. Aus Tschetschenien, so wie ich. Da gab es aber nicht so viele Mädchen in meinem Alter. Ich habe mich manchmal ganz schön gelangweilt.

E: Wir haben es dann ja zum Glück geschafft, dass ihr aus der Unterkunft ausziehen konntet. Wir mussten mehrmals den Antrag stellen und haben ihn mit den Krankheiten deiner Geschwister begründet und damit, dass eure Mama alleinerziehend ist. Ich habe im Antrag auch argumentiert, dass du als Mädchen deinen eigenen Raum brauchst. Ihr hattet im Heim viel zu wenig Platz. Es gab andere Fälle von alleinerziehenden Frauen, die aus ihren Wohnungen wieder zurück ins Heim ziehen mussten, weil die Stadt die Wohnungen gekürzt hat. Bei den Einzelfällen fällt auf, ob jemand von außen unterstützt und die Behörden entsprechend mehr Druck haben. Ohne Unterstützung durch Ehrenamtliche geht es kaum.

### *Und wie läuft es gerade mit eurem Asylverfahren?*

K: Wir hatten das Interview und haben eine Ablehnung bekommen. Dagegen haben wir geklagt.

### *Und wie läuft es jetzt in der Schule?*

K: Ich bekomme jetzt privat Nachhilfe in Mathe. Ich mag Deutsch und Englisch viel lieber.

E: Früher hattest du noch eine drei in Mathe. Aber du wolltest aufs Gymnasium. Trotzdem wurde der Nachhilfeunterricht über das Bildungs- und Teilhabepaket abgelehnt. Sie haben gesagt, dass eine drei nicht schlecht genug sei. Im Endeffekt hat es dann ja auch leider nicht geklappt mit dem Gymnasium.

K: Ja, wegen Mathe. Aber ich kann von der Gesamtschule aus nach der siebten Klasse aufs Gymnasium gehen. Das will ich immer noch.

### *Du hast vorhin erzählt, dass deine Mama noch nicht so gut Deutsch spricht...*

K: Sie spricht eigentlich überhaupt kein Deutsch. Ich muss jeden Tag für sie dolmetschen. Zum Beispiel, wenn wir Klammern umtauschen müssen, die uns nicht passen, oder bei ihren Terminen. Ich bin auch bei Schulterminen von Lors dabei und wenn Khussein, mein ältester Bruder, eine Versammlung hat, dann muss ich da auch mit. Ich finde das nervig. Ich finde es unfair, dass ich zu den Versammlungen meines Bruders gehen muss, obwohl er auch Deutsch kann. Meine Mama hat schon drei Deutschkurse gemacht, aber sie spricht immer noch kein Deutsch.

E: Das Problem, das muss man dazu sagen, ist bei deiner Mama, dass sie sich einfach nicht konzentrieren kann. Die ganze Situation in Deutschland setzt ihr immer noch ganz schön zu. Sie ist auch schon 47. Im Alter nochmal eine neue Sprache lernen mit dem ganzen psychischen Ballast – das ist nicht einfach. Obwohl sie wirklich eine gebildete Frau ist und nicht ganz von vorne anfängt.

### *Und wobei hat Elli dich noch so unterstützt? Und konntest du Elli auch mal helfen?*

K: Naja, heute brauchte sie ja jemanden, der sie diese ganzen Fragen stellen kann. Und sie braucht manchmal jemanden zum Quatschen. Ich kann ihr auch bei Tschetschenisch helfen. Elli erklärt mir immer alles, wenn ich ein bisschen verwirrt bin.

### *Worin seht ihr gerade die größten Schwierigkeiten für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Brandenburg?*

E: Ein großes Problem ist der Rassismus in der Schule gegenüber geflüchteten Schüler\*innen.

K: In der fünften Klasse ist ein deutsches Mädchen bei uns in die Klasse gekommen, die haben die anderen Kinder sehr gut aufgenommen.

E: Das meine ich ja. Im Bildungsbereich gibt es verschiedene Ebenen der Diskriminierung. Für dich ist es zum Beispiel wesentlich schwieriger, aufs Gymnasium zu kommen. Du hast keinen Zugang zu Nachhilfe, wodurch dir das Gymnasium verwehrt bleibt. Bei anderen geflüchteten Kindern sehe ich, dass sie, auch wenn sie die Noten dafür hätten, trotzdem nicht aufs Gymnasium kommen. Das ist in Studien schon belegt und wir erfahren es in Cottbus tagtäglich. Die rassistischen Alltagseinstellungen der Lehrkräfte nehmen die Kinder auch mehr mit, als die Lehrer\*innen das vielleicht wahrnehmen können oder wollen. Mein Mündel – ich war lange Vormund – hatte irgendwann einfach keine Lust mehr, in die Schule zu gehen. Er war immer an allem Schuld, von ihm wurde unglaublich viel erwartet. Wenn er die Erwartungen nicht erfüllt hat, dann wurde das auf seine Kultur geschoben – oder auf sein Ausländisch-Sein. Schule ist also eine große Baustelle. Das überlappt sich dann wieder mit dem Aufenthaltsrecht. Bei afghanischen Jugendlichen sieht man das ganz deutlich: Die werden in die Ausbildungen regelrecht reingepresst. Vielen Jugendlichen wird gar nicht mehr die Chance gegeben, sich zu entscheiden. Es geht nur noch darum: Du willst einen Aufenthalt? Dann musst du eine Ausbildung machen. Bei syrischen Jugendlichen ist es ähnlich. Ihnen wird gar nicht zu-

getraut, dass sie eigentlich auch was ganz anderes machen könnten, das Gymnasium wird ihnen als Option gar nicht erst aufgezeigt. Die Gymnasien öffnen sich ganz, ganz selten für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Bei meinem Mündel hatten wir damals das Problem. Da wurde pauschal unterstellt, dass das Bildungssystem in Syrien wesentlich schlechter sei als das deutsche. Seine guten Noten aus Syrien wurden nicht angerechnet. Trotz hervorragender Noten wollte ihn das Gymnasium nicht aufnehmen. Auch die anderen Leistungen der Kinder, die sie tagtäglich erbringen, werden hier nicht anerkannt. Khava spricht vier Sprachen, aber das wird im deutschen Schulsystem in die Überlegungen, welche Bildungsperspektiven ein Kind hat, nicht einbezogen.

In Cottbus ist auch der Rassismus auf der Straße ein riesiges Problem. Für Mädchen, die ein Kopftuch tragen, sind Anfeindungen Alltag. Die Jungs sind ständig mit Racial Profiling konfrontiert: Sie werden dauernd von der Polizei aufgegriffen, die sie kontrolliert. In Cottbus gibt es ein absolut eindimensionales Bild davon, dass Auseinandersetzungen auf der Straße immer von jungen Geflüchteten ausgehen würden. Die Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen und den psychologischen Effekt, wenn sie immer und immer wieder grundlos von der Polizei aufgegriffen werden, sollte man nicht unterschätzen.

Es fehlt auch psychologische Unterstützung. Ich habe das bei einem Jugendlichen gesehen, der in Cottbus in eine der Auseinandersetzungen der letzten Monate involviert war.



Die Mutter hat schon vor einem Jahr gesagt, dass ihr Sohn Unterstützung braucht. Er hat Schlimmes erlebt. Auch hier in Deutschland. Im Endeffekt ist er hier nochmal traumatisiert worden. Es gibt einfach keine passenden psychotherapeutischen Angebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche.

*Hast du das Gefühl, dass im Zuge der vielen Auseinandersetzungen in Cottbus deine Rolle als Mentorin nochmal wichtiger geworden ist?*

E: Ich würde sagen, dass man als Ehrenamtliche wenig ernst genommen wird. Bei den Auseinandersetzungen in Cottbus wurden wir als Ehrenamtler\*innen nicht nach unseren Erfahrungen oder unserer Problemanalyse gefragt. Wir haben zum Teil auf Themen eine ganz andere Perspektive als Hauptamtliche, weil das Vertrauen zwischen uns und den Geflüchteten häufig viel größer ist.

*Hattest du das Gefühl, dass bei den Vorfällen die geflüchteten Kinder und Jugendlichen nach ihrer Perspektive gefragt worden sind? Du hast dich ja in der Zeit an uns als Flüchtlingsrat gewandt und gesagt, dass es wichtig sei zu schauen, wie es den Jugendlichen in der Schule geht, was sie dort erleben. Auch um ein ganzheitlicheres Bild zu bekommen.*

E: Nein, mit den Kindern und Jugendlichen spricht im Grunde niemand. In dieser Zeit wurde in den Schulen ein ganz perfider Sicherheitsdiskurs eingeführt. Migration wurde in der Diskussion mit der Vorstellung eines Sicherheitsrisikos verknüpft. Bestimmte Aussagen von Schulleitungen und Lehrkräften wurden überhaupt nicht hinterfragt. Es wurden keine Statistiken oder Zahlen herangezogen. Es ging immer nur um ein vages Gefühl der Unsicherheit, dass in direkten Zusammenhang mit Migration und dem Zuzug nach Cottbus gestellt wurde. Orientalistische Bilder, wie die Aussagen von Lehrer\*innen, dass alle arabischen Kinder aggressiv seien, haben Hochkonjunktur. Der böse Araber, frauenfeindlich und beschränkt. Selbst die Jugendlichen, die in die Vorfälle involviert waren, wurden nie gefragt. Sie wurden vorgeführt. Gefragt wurden immer alle anderen. Lehrkräfte, die Sozialarbeit und so weiter. Es gab zu den Vorfällen einfach schon feste Geschichten, die bestätigt werden sollten. Alle Angriffe auf Geflüchtete und rassistische Beleidigungen werden immer als Einzelfälle betrachtet. Der Alltag von Geflüchteten ist durchzogen von rassistischen Bemerkungen, die nicht immer als solche gemeint sind, die aber trotzdem innerhalb eines rassistischen Systems oder rassistischer Denkmuster funktionieren – und Auswirkungen auf die Geflüchteten haben.

*Khava, wie war das mit dir? Haben Lehrer\*innen versucht, dir zu helfen oder mit dir über deine Erfahrungen gesprochen?*

K: In meiner Schule haben die Kinder mal ein Spiel gespielt und ich habe gefragt, ob ich mitspielen kann. Da haben sie gesagt: „Ausländer dürfen nicht mitspielen.“ Ich bin zu der Lehrerin gegangen und habe ihr das erzählt. Sie hat mit demjenigen, der das gesagt hat, gesprochen. Es ist dann ein bisschen besser geworden. Der Junge hat mich nicht mehr so häufig Ausländerin genannt. Aber manchmal eben schon.

E: Ich merke auch immer wieder, wie rassistische und klassistische Strukturen miteinander verbunden sind. Es gibt zum Beispiel syrischen Familien, die haben viel Geld, die können sich dann Nachhilfe leisten. Sie haben häufig weniger Probleme. Sie können ihren Kindern in der Schule helfen, was die Kinder dann ein bisschen aus der Schussbahn nimmt, weniger Angriffsfläche bietet. Aber was ist mit Kindern, die diese finanziellen Mittel nicht haben und denen dann das Bildungs- und Teilhabepaket verwehrt wird, weil zum Beispiel die Sozialarbeit nicht hinterher ist? Da könnte auch ein bisschen mehr Initiative von den Lehrkräften kommen. Ihnen fehlt ganz viel Wissen, um die komplexen, sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten der Kinder zu verstehen. Mein syrisches Nachhilfekind zum Beispiel ist mit einem Visum in Deutschland. Das Kind sagte mir: „Meine Lehrerin glaubt, dass wir Asyl sind.“ Die Lehrkräfte packen das alles in einen Topf, für sie sind die geflüchteten Kinder, die sie unterrichten, eine Masse.

Ich habe auch gelernt, dass viele geflüchtete Kinder sehr viel weiter im Kopf sind als ihre weißen deutschen Klassenkamerad\*innen. Einfach aufgrund ihrer Erfahrungen, die sie machen mussten. Das wird nur selten berücksichtigt. Sie werden eher noch eine Klassenstufe tiefer eingeschult, dabei finden sie sich mit ihren Erfahrungen dort noch weniger aufgehoben.

Oft wissen die Eltern nicht genau, was mit ihren Kindern passiert und wie das Bildungssystem aussieht. Einerseits werden die Eltern nicht einbezogen und schlecht informiert, andererseits ist der Umgang mit ihnen sehr paternalistisch. Die Lehrkräfte haben immer das Gefühl, sie müssten die Eltern belehren. Hier findet kein Gespräch auf Augenhöhe statt.

*Seht ihr aktuell weitere Herausforderungen?*

E: Aufenthaltsrechtlich wäre es wichtig, wenn Kindern, die hier zur Schule gehen, eine Bleibeperspektive gegeben wird. Wir haben zwar die § 25a-Regelung im Aufenthaltsgesetz, dass Kinder ab dem 14. Lebensjahr einen Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis stellen können, wenn sie hier vier Jahre zur Schule gegangen sind. Aber das schließt einfach sehr viele Kinder aus.

K: Ich bin doch schon drei Jahre in der Schule.

E: Du musst aber darauf warten, bis du 14 Jahre alt bist. Dann kannst du den Antrag stellen. Das sollte man dann aber immer mit der Anwältin absprechen.

Wir hatten zum Beispiel den Fall einer Familie, die ein Gesuch bei der Härtefallkommission eingereicht hat. Die Kinder sind hier ihr Leben lang zur Schule gegangen. Sie sollten trotzdem abgeschoben werden. Für sie fand der § 25a zum Erlangen einer Aufenthaltserlaubnis keine Anwendung. Wenn sie jetzt nach Tschetschenien abgeschoben werden würden, verstehen sie da ja auch nichts mehr. Auch da sind sie wieder Geflüchtete.

*Und du, Khava, was wünschst du dir?*

K: Ein eigenes Zimmer. Und ich würde nicht sagen, dass die Jungen in der Schule mich mögen sollen, aber dass sie mich einfach in Ruhe lassen und nicht beschimpfen.

*Elli, was meinst du, was zeichnet gute Mentor\*innen aus?*

E: Es kann auf jeden Fall nicht sein, dass jedes Kind eine Mentorin braucht, die es zum Beispiel beim Auszug unterstützt. Das müssten die Strukturen leisten können. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ich finde, es ist auch eine Aufgabe von uns Mentor\*innen, nicht nur die einzelnen Menschen zu unterstützen, sondern die Lücken in den Strukturen zu benennen. Wir dürfen die Systemfehler, unter denen die Einzelnen leiden, nicht einfach ausglei-

chen, sondern müssen gesellschaftliche und strukturelle Veränderungen fordern. Das bedeutet zum Beispiel, nicht nur einzelnen alleinerziehenden Frauen beim Auszug zu helfen, sondern grundsätzlich eine Wohnungsunterbringung von allen alleinerziehenden Geflüchteten zu fordern. Insgesamt ist es in Cottbus viel restriktiver geworden. Das Sozialamt lässt zum Beispiel die Leute viel, viel länger im Heim verrotten. Immer mit dem Argument, sie müssten den Leerstand in den Heimen ausgleichen. Im Heim herrscht einfach die dauernde Angst vor Abschiebungen. In Wohnungen fühlen sich die Menschen sehr viel sicherer, das ist auch wichtig für ein Ankommen.

K: Das glaube ich auch. Im Heim habe ich so viele Abschiebungen gesehen.

E: Das Wichtigste ist, dass man den Kindern und Jugendlichen zuhört und sie nach ihren Wünschen fragt und sie dementsprechend unterstützt. Man muss natürlich auch realistisch sein. Die Jugendlichen zu Wort kommen lassen, das wäre zentral. Es gibt zwar immer wieder solche Jugendkonferenzen, da werden die Geflüchteten aber eher vorgeführt: „Wir haben da jetzt auch ein paar Geflüchtete...“ Das ist kein richtiges Mitmachen. Außerdem werden die Kinder und Jugendlichen sehr stark auf ihr Geflüchtet-Sein reduziert. Sie sind aber genauso Kinder und Jugendliche wie alle anderen auch.

*Vielen Dank ihr beiden für das sehr interessante Gespräch!*



## VERBINDLICHE NETZWERKE SIND FÜR EINE UNTERSTÜTZUNG VON JUNGEN GEFLÜCHTETEN WICHTIG

*Ein Gespräch mit  
Christiane Goldschmidt,  
Mitarbeiterin des  
Jugendmigrationsdienstes  
Barnim-Oberhavel*

Mein Name ist Christiane Goldschmidt und ich arbeite beim Jugendmigrationsdienst Barnim-Oberhavel – der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal. Bis vor zwei Jahren war ich hauptberuflich mit bleibeberechtigten jungen Menschen beschäftigt. In den letzten zwei Jahren habe ich mich im Modellprojekt *jmd2start* darauf konzentriert, geflüchtete junge Menschen mit unsicherer Bleibeperspektive zu beraten und zu begleiten.

Bei unserer Beratung orientieren wir uns an dem Konstrukt der Bundesregierung, das sagt, dass Menschen aus bestimmten Ländern – je nach Anerkennungsquote – eine sogenannte sichere Bleibeperspektive haben. Im Moment sind das die fünf Länder Syrien, Irak, Eritrea, Somalia und Iran. Geflüchtete Menschen aus anderen Ländern haben aufgrund der niedrigeren Anerkennungsquote nur eine



geringe Chance, einen Aufenthalt durch das Asylverfahren zu erhalten. Das sind für mich junge Leute mit einer unsicheren Bleibeperspektive in Deutschland. Dazu zählen auch junge Leute, die nur geduldet werden.

Wir bieten Beratung und Begleitung an, vor allem mit Blick auf Teilhabe in Schule, Berufsausbildung und Arbeit. In den letzten zwei Jahren hat sich hier einiges verändert: Wir arbeiten unter einem wesentlich höheren Zeitdruck, weil die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen allgemein, aber auch die individuelle Situation der Jugendlichen von ihrem Status abhängig ist – der Stand des Asylverfahrens hat einen Einfluss auf die Perspektive und die Beratung. Die Zugänge zu Ausbildung, Arbeit und Schule sind komplizierter geworden. Wichtig ist, gegenüber den Jugendlichen grundsätzlich unvoreingenommen zu sein, dass man

sich ihre Geschichten mit viel Empathie und Geduld anhört. Die „Erfahrungsbrille“, die Routine, die sich über die Jahre in der Arbeit mit bleibeberechtigten Jugendlichen eingestellt hat, muss abgelegt werden. Man darf nicht davon ausgehen, dass die gesellschaftlichen Strukturen auf die Bedürfnisse dieser jungen Menschen ausgerichtet sind. Wir müssen immer wieder hinterfragen und nachhaken, wenn gesagt wird, dass etwas so nicht klappt oder grundsätzlich nicht ginge.

Bezogen auf den Aufenthaltsstatus ist es so: Wenn ein junger Mensch in die Beratung kommt und sagt, er möchte gern eine Ausbildung anfangen bzw. arbeiten gehen, dann ist es wichtig zu schauen, ob jemand reif genug für eine Ausbildung ist. Hat er genug Sprachkenntnisse, erfüllt er die schulischen Voraussetzungen? Dann überlegt man sich die nächsten Schritte: Abend-

schule, Schulabschluss nachholen oder einen Sprachkurs – und dann vielleicht ab dem nächsten Jahr eine Ausbildung. Wenn der aufenthaltsrechtliche Status aber kippt und die Ausbildung nötig ist, um den Aufenthalt zu sichern, fehlt den Jugendlichen die Zeit, die Ausbildungsreife zu erwerben und uns, sie bei der Vorbereitung auf die Ausbildung zu unterstützen. Das heißt dann, dass ihre Vorstellung davon, welche Ausbildung sie machen wollen, in den Hintergrund tritt und auf die notwendige Vorbereitung verzichtet werden muss. Das ist für die Jugendlichen eine schwierige und sehr ungünstige Situation, denn sie birgt das Risiko, dass sie die Berufsschule nicht schaffen. Es entsteht vor und während der Ausbildung ein enormer Druck. Auch wir als Berater\*innen geraten unter Handlungsdruck und können häufig nur reagieren, statt aktiv zu gestalten.

Das andere sind die gesellschaftlichen Strukturen. Seit etwa einem Jahr arbeite ich daran, dass bei einer psychiatrischen Therapie die Sprachmittlungskosten für einen jungen Mann übernommen werden. Hier fühlte sich keine Stelle zuständig. Weder die Krankenkasse oder das Jobcenter noch das Grundsicherungsamt übernehmen diese Kosten. Wenn auch noch wir aufgegeben hätten, hätte der junge Mann verloren, weil er aufgrund seiner Krankheit nicht Deutsch lernen kann, aber auch keine Therapie anfangen kann, weil er die Sprache nicht spricht. Das ist ein Teufelskreis. Gut funktionierende und verbindliche Netzwerke sind für eine Unterstützung von jungen Geflüchteten wichtig. Am Ende war sehr viel Netzwerkarbeit notwendig, immer wieder nachfragen, immer wieder darauf drängen, dass die Kosten über das SGB XII übernommen werden. Schlussendlich hat es geklappt, ohne rechtliche Schritte einleiten zu müssen. Der Vorlauf dazu war aber sehr schwierig. Der junge Mann konnte verständlicherweise nicht sehr zuverlässig sein, weil er nicht in Therapie gehen konnte. In solchen Fällen ist es umso wichtiger, dass Beratungsstellen Menschen langfristig begleiten und die Unterstützung nicht mittendrin abgebrochen werden muss, weil zum Beispiel Projektgelder auslaufen.

Ein anderes Thema, das uns umtreibt, ist, wie es den jungen Leuten in den Willkommensklassen der Oberstufenzentren geht. Als 2015/2016 eine größere Zahl an Geflüchteten nach Deutschland kam, wurde sichtbar, dass unsere Schulen nicht ausreichend Plätze haben, dass wir also ein Problem haben in der Versorgung von Schüler\*innen, vor allem in den höheren Klassen. Eine politische Lösung war dann, die Willkommensklassen an den Oberstufenzentren ins Leben zu rufen. Damit war allen 16-jährigen Neuzugewanderten der Zugang zur Regelschule verwehrt, sie wurden automatisch in den Willkommensklassen eingeschult. Jetzt haben wir fast zwei Jahre Erfahrung mit diesen Klassen und die Ergebnisse sind wirklich sehr unterschiedlich. In Barnim

beispielsweise werden alle gemischt unterrichtet, nicht getrennt nach Sprachniveau oder nach Bildungsstand. Da lernen dann junge Menschen mit wenig oder ohne Vorbildung mit anderen Jugendlichen mit einem im Herkunftsland erworbenen Abitur in einer Klasse. Das Ergebnis ist, dass die jungen Leute zwei Jahre die Schule besucht haben und zum Teil noch immer alphabetisiert werden müssen. Sie können nicht richtig lesen und schreiben. Sie haben zwar einen Schulabschluss, der der Berufsbildungsreife gleichgestellt ist, sind aber nicht fähig, eine Ausbildung zu beginnen. Im Grunde müssen dann viele – nach Abschluss der Schule – nochmal einen Sprachkurs anfangen. Das ist absolut demotivierend. Für Lehrkräfte und aus Sicht der Einrichtungen, die unbegleitete minderjährige Jugendliche in diesen Klassen haben, ist zum Teil gar nicht richtig greifbar, woran es liegt, dass die Jugendlichen nach zwei Jahren Schule immer noch nicht richtig Deutsch sprechen. Für mich ist das klar. Wenn man nicht nach Bildungsstand und Vorkenntnissen differenziert, sondern sie durcheinander würfelt, ist es schwierig, in Ruhe Deutsch zu lernen und sich auf die Inhalte zu konzentrieren.

Andererseits sind diese Willkommensklassen für junge Menschen mit unsicherer Bleibeperspektive oft die einzige – und dann wieder eine gute – Möglichkeit, um überhaupt Deutsch zu lernen. Weil sie keinen Zugang zu längerfristigen Deutschkursen haben. Wenn überhaupt, dann bis zum Level B1. Wenn man sie früh genug darauf vorbereitet, können sie das als Chance sehen. Wenn man sie aber nicht vorbereitet, fühlen sie sich da abgestellt und einem Klassenklima ausgesetzt, das nicht immer gut ist. Sie sehen für sich keine Perspektive. Es ist hier zentral, dass man frühzeitig Vertrauen aufbaut und gemeinsam mit den Jugendlichen eine individuelle Perspektive entwickelt, und Schritt für Schritt mit ihnen mitgeht – und nicht einfach sagt: „So, jetzt hast du hier deinen Fahrplan, und nun geh mal. Und wenn es nicht klappt, dann muss es wohl an dir gelegen haben.“ Dadurch dass unsere Strukturen nicht vorbereitet und nicht ausgerichtet sind auf die Bedürfnisse geflüchteter Menschen und auch die Verschiedenheit nicht berücksichtigt wird, ist es für sie sehr schwer, allein ihren Weg zu finden. Sie brauchen unbedingt jemanden, bei dem sie sich rückversichern können. Auch wenn der junge Mensch zwischendurch sagt, dass er keine Kraft mehr hat, müssen wir hier gezielt unterstützen. Die Methode des Case Managements, mit der wir in den Jugendmigrationsdiensten schon lange arbeiten, hat sich bei dieser Zielgruppe bewährt.

Ich erfahre sehr häufig im Gespräch mit Netzwerkpartnern – seien es Einrichtungen der Jugendhilfe, Vormund\*innen Arbeitsagentur, Jobcenter, Verwaltung allgemein –, dass wir hier in Brandenburg sehr migrationsungewohnt sind. Das ist ein ostdeutsches Phänomen. Im Bildungsbereich

werden oft die Erfahrungen mit einheimischen Jugendlichen eins zu eins auf Geflüchtete übertragen. Wenn dann ein junger Geflüchteter scheitert, vielleicht auch scheitern muss, wird zu oft mit Unverständnis reagiert. Der Blick auf Geflüchtete hat sich wenig verändert. Wenn sich Jugendliche beispielsweise zu spät um eine Ausbildung bemühen, wird ihnen wenig Verständnis entgegengebracht. Wie sollen sie denn diesen Prozess durchschauen? Sie gehen in die Schule und sind damit schon sehr gefordert und müssen dann noch unser deutsches System der Bewerbungsverfahren verstehen – dass man im November anfängt, um sich für nächstes Jahr September auf einen Ausbildungsplatz zu bewerben. Das Verständnis muss einfach da sein, dass wir hier mit unseren bisherigen Erfahrungen, wie einheimische Jugendliche inkludiert werden können, nicht weiterkommen. Man muss sich jeden Einzelnen ansehen mit seiner Geschichte, und ihn dann Stück für Stück in die Selbstständigkeit bringen. Das dauert sehr viel länger. Es ist wichtig, dass hier eine Stelle verbindlich fallverantwortlich ist, bei der die Informationen gebündelt werden. Das Problem ist natürlich, dass die Jugendmigrationsdienste nicht so ausgestattet sind, dass sie alle jungen Leute begleiten können. Im Moment wäre es sehr wichtig, sie weiter auszubauen, weil sie über die Erfahrung verfügen, junge Migrant\*innen zu begleiten. Dieses Profil kann für junge Geflüchtete erweitert werden. Wir kennen die Methoden und sind so aufgestellt, dass wir das gut machen könnten. Gleichzeitig wäre es sehr sinnvoll, die Regelstrukturen weiter zu stärken, insbesondere im schulischen Bereich und im Kindergarten. Denn hier findet Teilhabe konkret statt, hier haben geflüchtete Jugendliche Kontakt zur Gesellschaft.

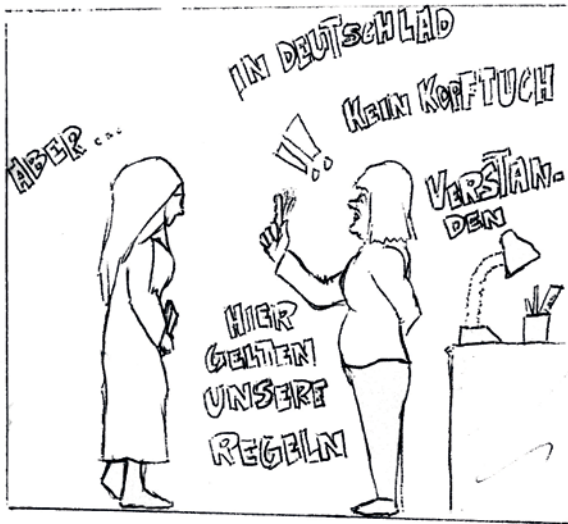
Was die Bildung von jugendlichen Geflüchteten betrifft, ist es unumgänglich, die Willkommensklassen zu evaluieren und den Bedürfnissen der Schüler\*innen anzupassen. Darüber hinaus ist die Ergänzung der Willkommensklassen durch Schulsozialarbeit wichtig. Um einen ausreichenden Spracherwerb in diesen Klassen zu sichern, muss der Deutschunterricht ausgebaut bzw. müssen die Willkommensklassen mit Integrationskursen kombiniert werden.

Ein Beispiel, das die aktuellen Herausforderungen gut beschreibt, wo flexibel reagiert wurde, war die Beschulung von rumänischen Schüler\*innen. Das Vorgehen erschien mir damals als nicht so sympathisch, hat sich aber für die jungen Menschen als durchaus praktikabel erwiesen: Wir hatten rumänische Jugendliche, die wenig Vorbildung hatten, vom Alter aber in die 7., 8. oder 9. Klasse eingeschult wurden. Da hat die Schule darauf zurückgegriffen, ihnen Deutsch und Mathe in niedrigeren Klassen anzubieten. Das war dann zum Teil so, dass eine Siebtklässlerin in der zweiten Klasse saß. Ich fand das anfangs sehr schrecklich. Die Schüler\*innen fanden das aber sehr gut, weil sie gemerkt

haben, dass sie hier andocken können. Hier konnten sie sich die Inhalte holen, die sie brauchten. Ich glaube, dass wir das System Schule deutlich flexibler denken müssen. Es ist zur Normalität geworden, dass junge Leute unterschiedliche Bildungsniveaus mitbringen. Dafür ist es notwendig, dass die Schulen mit ausreichend Personal ausgestattet sind und die Klassen nicht überfüllt sind. Man muss beispielsweise die Ressourcen haben, Kinder aus anderen Klassen mit zu unterrichten. Häufig hat die Anzahl der fremdsprachigen Schüler\*innen in einer Jahrgangsstufe nicht gereicht, um eine zusätzliche Deutschförderung anzubieten, oder die Deutschförderung war einfach selbst nicht ausreichend. Hier müsste die Stichzahl gesenkt werden. Man muss an den Stellschrauben Klassenstärke, Zugang und Bewilligung von zusätzlicher Deutschförderung drehen, um etwas zu verbessern. Insgesamt gab es hier im Landkreis viele individuelle Lösungen und der Jugendmigrationsdienst hat einiges abgefangen. Was ich hier gut fand, war, dass ein Sprachkursträger bereit war, seine Integrationskurse an die Willkommensklassen im Oberstufenzentrum anzudocken. Das ist methodisch sehr schwierig, denn es gibt junge Leute mit Zugang zum Integrationskurs, andere haben den aber nicht und müssen trotzdem beschult werden. Die Abrechnung ist ein größerer organisatorischer Aufwand. Alle Beteiligten sind aber gewillt, sich für die Umsetzung zu engagieren.

Was deutlich wahrnehmbar ist, ist, dass die Beschulung und Versorgung von jungen Geflüchteten jetzt überhaupt erst ein Thema geworden ist. Ich arbeite seit 15 Jahren im Jugendmigrationsdienst. Vorher waren junge Migrant\*innen eine Randgruppe. Wenn ich gesagt habe, dass ich in der Migrationsberatung arbeite, war die Reaktion: Ach so, gibt es hier Migrant\*innen? Die öffentliche Wahrnehmung dieser Zielgruppe war sehr gering. Durch die gefühlten hohen Zugänge ist das Thema auf jeden Fall auch in Brandenburg angekommen. Was meine Arbeit immer begleitet, ist die große Unsicherheit, mit der das Thema immer noch behaftet ist: Wer sind diese Menschen, warum sind sie hier? Warum sollen wir uns dafür einsetzen, dass sie hier bleiben können? Viele Betriebe sind bereit, junge Leute auszubilden, aber vollkommen unsicher, wie die Strukturen funktionieren. Ob sie sie überhaupt ausbilden dürfen, welche Papiere sie dafür brauchen, welche Genehmigungen. Die Betriebe sind sehr froh, wenn wir sie begleiten. Dafür fehlen allerdings die Ressourcen. Der Wille ist da, aber die Erfahrungen fehlen. Es ist wichtig, hinzusehen und zuzuhören. Ich sehe, dass die jungen Leute, die ich berate, viel schaffen und erreichen können, wenn sie gut begleitet werden.





## RASSISMUSERFAHRUNGEN VON GEFLÜCHTETEN JUGENDLICHEN IN DER SCHULE

*Ibrahim Mohamad*

*Ibrahim Mohamad ist Mentor im Rahmen des TASK-Projektes. Er studiert Childhood Studies and Children's Rights an der Fachhochschule Potsdam und hat im Rahmen seines Studiums Interviews mit jungen Syrer\*innen geführt, die in Cottbus leben und zur Schule gehen. Der hier abgedruckte Text ist eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse.*

Als Flüchtlinge, die ihr Land als Jugendliche verlassen mussten, ist das Leben von unbegleiteten Minderjährigen von Verlust geprägt: Verlust der Familie, Verlust der Freunde, der Schule, ihrer kulturellen Identität, ihrer Werte und ihrer Gewohnheiten. Wenn sie nach Deutschland kommen, sind sie mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert: Sie müssen eine neue Sprache lernen, sich um ihre Ausbildung kümmern, ihre Zukunft neu planen – und all das in einer Umgebung, die ihnen fremd ist.

Als Heranwachsende ist für sie das Zusammensein mit Freund\*innen und Gleichaltrigen wichtig, um sich zu orientieren, eine eigene Identität zu entwickeln und wieder Sicherheit zu finden. Schule ist dabei ein zentraler Ort, wo dieser Austausch und diese Neuorientierung stattfinden können. Im besten Falle ist Schule ein geschützter Raum, der sie bestärkt und ihre Teilhabe an der Gesellschaft begleitet. Schule, Lehrkräfte und Mitschüler\*innen können dem Alltag von jungen Geflüchteten eine Struktur und eine Routine geben, also Normalität schaffen in einem Leben, das sich für manche seit Jahren im Ausnahmezustand befindet.

Meine Interviews mit zwei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Cottbus haben jedoch gezeigt, dass Schule,

wenn sie darin versagt, Sicherheiten zu schaffen, bisweilen das genaue Gegenteil bewirkt: Schulen können Orte sein, an denen Jugendliche Desintegration und Diskriminierung erfahren. Also Orte, die ihr Ankommen verhindern, nicht begünstigen. Die Interviews weisen darauf hin, dass Schulen Benachteiligung verstärken können, anstatt sie auszugleichen.

Die Interviews wurden in einem Zeitraum von Ende 2016 bis Anfang 2017 geführt. Das Ziel der qualitativen Interviews war es, mehr über die Schulerfahrungen und den Prozess des Ankommens von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zu lernen. Beide interviewten Jugendlichen kommen aus Syrien und waren zum Zeitpunkt der Gespräche 17 Jahre alt. Einer von beiden, ich möchte ihn hier Harun nennen, besuchte eine Cottbuser Oberschule. Der zweite Jugendliche, ich nenne ihn Nabil, ging auf ein Gymnasium in Cottbus. Ich wollte herausfinden, ob und auf welche Weise die beiden Stereotype, Vorurteile und Diskriminierung erleben – und welche Auswirkungen dieses Erleben auf sie hat.

In den Gesprächen erzählten sie von ihren Erfahrungen, im Schulalltag von Mitschüler\*innen und Lehrkräften ständig als Ausländer, Flüchtling, Moslem oder Araber gelabelt zu werden. Labels sind Schubladen, in die wir Menschen stecken, und sie sind nie harmlos. Sie sind an Vorurteile und Stereotype geknüpft. Der Weg von einem negativen Vorurteil zu einer diskriminierenden Handlung ist kurz. Nabil berichtete davon, dass er in seiner ersten Unterrichtsstunde von der Lehrerin in die Mitte des Stuhlkreises gesetzt wurde, damit ihm die anderen Fragen stellen konnten, um ihn kennen zu lernen. Die meisten Fragen umfassten kulturelle Stereotype, mit denen er sich unwohl fühlte:

*„Sie fragten mich, ob ich Moslem sei. Du isst kein Schweinefleisch, oder? Du trinkst nicht, oder? Bescheuerte Fragen. Das einzige, was ihnen zum Islam einfällt, ist, dass Muslime kein Schwein essen. Das war's.“*

Solche Fragen und Vorstellungen haben Konsequenzen, sie können zum Beispiel dazu führen, dass junge Muslim\*innen zu einer Party nicht eingeladen werden, weil davon ausgegangen wird, dass sie nicht trinken.

Harun erzählt:

*„Wenn ich etwas an der Schule ändern könnte, wäre es mir am wichtigsten, die Bilder, die Schüler\*innen und Lehrer\*innen von uns im Kopf haben, zu ändern. Sie denken, wir seien Barbaren, Menschen, die schlecht erzogen worden sind. Sie haben diese ganzen schmutzigen Bilder über uns im Kopf.“*

Die Folgen dieser Erfahrungen können verheerend sein. In der Sozialpsychologie spricht man hier von einem Stereotype Threat, einer Bedrohung durch Vorurteile. Menschen, die mit Stereotypen konfrontiert sind, bemühen sich ständig, die negativen Vorurteile nicht zu bestätigen. Ich habe gefragt, ob Nabil etwas unternommen habe, um in der Schule Freund\*innen zu finden und mit seinen Mitschüler\*innen in Kontakt zu treten. Er antwortete:

*„Ich habe es versucht. In den ersten Tagen sind die anderen auch noch auf mich zugegangen. Aber im Grunde wollten sie nur wissen, woher ich komme. Dann sind sie alle verschwunden. Ich habe immer versucht, mich nicht wie ein Araber zu benehmen. Ich habe gedacht, wenn ich mich so verhalte, wie ich mich in Syrien verhalten habe, schmeißen sie mich direkt von der Schule. Vielleicht haben sie vor etwas Angst, vielleicht haben sie Angst um ihre Kultur, ich weiß es nicht. Ich versuche ihre Situation zu verstehen und ihnen zu zeigen, dass unsere Kultur sich nicht so sehr von ihrer unterscheidet. Aber auch das hat nicht geklappt.“*

An anderer Stelle erklärte er:

*„Ich weiß nicht genau, ich habe zum Beispiel versucht, mich zu den anderen zu setzen. Wir waren fünf oder sechs Leute. Alle unterhielten sich miteinander, aber niemand sprach mit mir. Danach habe ich mich entschieden, für mich zu bleiben, bis mich alle nur noch als den Verrückten kannten. Ich bleibe allein und setze meine Kopfhörer auf, bis der Unterricht beginnt.“*

Für die beiden Jugendlichen fühlt sich Schule wie eine feindliche Umgebung an, in der es ihre Aufgabe ist zu überleben. Der Druck auf sie ist groß, sie haben das Gefühl, unter ständiger Beobachtung zu stehen. Der Druck wirkt sich auch auf den Schulerfolg aus. Studien haben gezeigt, dass die Angst, Vorurteile durch eigenes Verhalten zu bekräftigen, die Leistungsfähigkeit zum Beispiel in der Schule oder im Studium beeinträchtigt. Betroffene verinnerlichen negative Bilder – zum Beispiel die Annahme, sie könnten eine Prüfung nicht bestehen –, die dann quasi zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung werden. Auch das ist Teil des Stereotype Threat.

Als ich die beiden Jugendlichen fragte, was sie in der Schule vermissen und welche Unterschiede zwischen ihrer Schule in Syrien und der Schule in Deutschland bestehen, antworteten sie:

Nabil: *„Was ich vermisse, sind Freundschaften. In Syrien bin ich gern in die Schule gegangen, weil ich dort meine*

*Freund\*innen treffen konnte. Aber hier versuche ich einfach nur, den Schultag zu überstehen. Den Tag ohne Kopfschmerzen hinter mich zu bringen, ist schon ein großer Erfolg.“*

Harun: *„Die Schulen sind im Grunde gleich. Aber es ist besser, wenn du von Menschen umgeben bist, die du magst. In einer Atmosphäre, in der du dich nicht wohlfühlst, kannst du dich nicht konzentrieren und du bist mit den Gedanken nicht bei der Sache. Wenn ich da in der Klasse sitze und alle schauen mich voller Hass an, dann frage ich mich, was ich hier eigentlich soll.“*

Gleichzeitig werden die Betroffenen für die Vorurteile, aber auch für die Strafen und diskriminierenden Handlungen ihnen gegenüber verantwortlich gemacht. Nabil erzählte zum Beispiel:

*„Wir haben in diesem Jahr eine neue Lehrerin bekommen. Sie mag mich nicht besonders. Warum? Wir haben uns einmal über den Islam unterhalten und ich habe gemerkt, dass sie den Islam hasst. Sie sagte, der Islam diskriminiere Frauen und erlaube ihnen nicht, ihr Haar zu zeigen und frei zu sein. Ich habe darauf ziemlich scharf reagiert. Die Stimmung zwischen uns war danach sehr angespannt.“*

Ähnliches berichtete auch Harun:

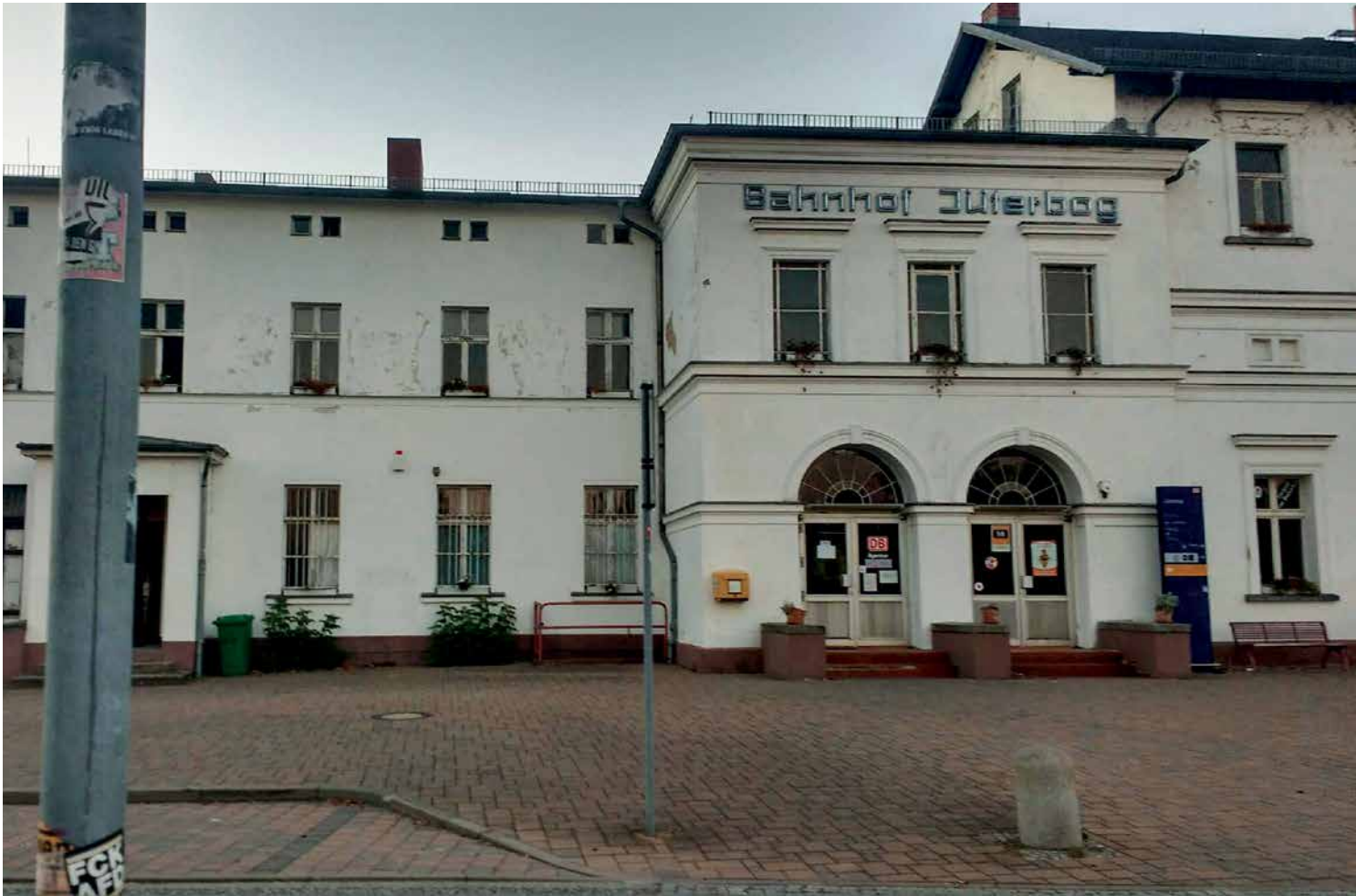
*„Es gab auch Probleme zwischen mir und den Lehrern. Wir bekamen Arbeitsblätter, die wir lesen sollten. Weil ich nicht gut lesen kann, begann der Lehrer, sich über uns lustig zu machen. Er sagte, dass wir alle doch nur hier in Deutschland seien wegen des Geldes und der Frauen. Das hat mich beeinflusst. Ich habe angefangen, sehr gereizt zu reagieren, wenn mir jemand mit blöden Bemerkungen kam. Eines Tages kam es zu einem Kampf. Alle haben sich versammelt und mich angegriffen. Wir haben uns gegenseitig geschlagen. Am Ende wurde ich von der Schule geschmissen.“*

Das letzte Beispiel zeigt auch, dass Diskriminierung nicht nur auf individueller Ebene existiert, sondern immer eingebettet ist in Strukturen und Institutionen. Struktureller und institutioneller Rassismus, wie er in der Schule aber auch bei Behörden zu finden ist, führt zum Beispiel dazu, dass Bildungschancen ungleich verteilt sind und Zugänge verwehrt werden. Im Umkehrschluss wird aber nicht die Institution Schule für dieses Versagen zur Rechenschaft gezogen, sondern die Betroffenen selbst. Sie tragen die Konsequenzen für das toxische Umfeld, in dem sie sich bewegen müssen. Die negativen Effekte von rassistischer Diskriminierung und Vorurteilen sind weithin anerkannt und

in Studien dokumentiert. Rassismuserfahrungen können Ängste auslösen oder verstärken, sie können zu depressiven Symptomen führen, das Selbstwertgefühl und die Selbstwirksamkeit einschränken und die Leistungsfähigkeit mindern. Diskriminierung zu erfahren, führt häufig zu einer hohen emotionalen Sensibilität und stärkeren Reaktionen gegenüber dem Umfeld.

Die Interviews und meine eigenen Erfahrungen als Geflüchteter in Cottbus haben gezeigt, dass es wichtig wäre, dass sich Schulen und Lehrkräfte mit Rassismus und Diskriminierung verstärkt auseinandersetzen. Mit ihren eigenen Rassismen und mit der Institution Schule an sich. Damit einher geht die Frage, wie Rassismus mit der Institution Schule verschränkt ist, von ihr vorangetrieben und verstärkt wird. Nur eine offene Auseinandersetzung kann zu wirklicher Chancengerechtigkeit und gleicher Teilhabe führen und dazu beitragen, dass Schule als Ort des Schutzes und der Stärkung empfunden wird.





## DIE AUSWIRKUNGEN VON RASSISMUS UND GEWALT AUF DAS LEBEN JUNGER GEFLÜCHTETER IM LAND BRANDENBURG – DAS BEISPIEL JÜTERBOG

Hannes Püschel,  
*Opferperspektive e.V.*

Im Herbst 2016 wurden in Jüterborg, einer 60 Kilometer südlich von Berlin gelegenen Kleinstadt mit 13.000 Einwohner\*innen, kurz hintereinander zwei Anschläge auf ein Heim für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge verübt. Am 10. September wurde nachts ein Stein gegen das Fenster eines Zimmers geworfen, in dem Jugendliche schliefen. Wenige Wochen später, am Morgen des 1. Oktober 2016, wurden zwei Brandsätze gegen Fenster des Heimes geschleudert. Dank der Doppelverglasung, deren innere Scheibe standhielt, konnten die Flammen nicht auf die Zimmer übergreifen. Die Berichterstattung über den Vorfall konzentrierte sich alsbald auf die Ermittlungen gegen die unmittelbaren Täter und deren Anstifter, die in verschiedenen Prozessen verurteilt wurden. Wenn über die Tat und ihre Folgen berichtet wurde, dann las sich das meistens so:

*„Im Oktober 2016 hatten die zwei jungen Männer jeweils einen Molotowcocktail auf eine Einrichtung geworfen, in der minderjährige Flüchtlinge untergebracht waren. Ein Brandsatz prallte an der Hauswand ab, der andere setzte eine Gardine in einem Abstellraum in Brand. Verletzt wurde niemand der etwa 20 Bewohner.“<sup>1</sup>*  
(ZEIT ONLINE)

Nein, körperlich versehrt wurde niemand. Dennoch ist offensichtlich, dass die Tat nicht ohne Folgen für die jungen Geflüchteten geblieben ist. So stellte im November 2017 während des ersten Prozesses gegen einen der Täter der Vorsitzende Richter Jörg Tiemann am Landgericht Potsdam fest:

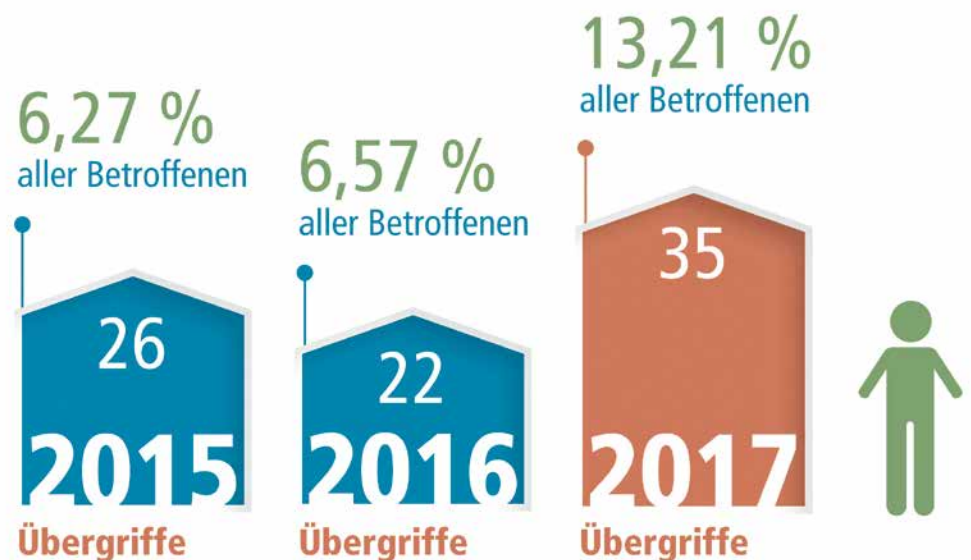
„Die minderjährigen Bewohner der Unterkunft, die allesamt vom Krieg traumatisiert nach Deutschland geflohen waren, sollten in Todesangst geraten und begreifen, dass sie hier nicht willkommen wären, weil sie nicht in die kleine Gedankenwelt des Angeklagten passten.“<sup>2</sup>

Tatsächlich hatte in diesem Prozess einer der Betroffenen, ein junger Mann aus Mali, der auf dem Weg nach Europa schon in Libyen Opfer brutaler Gewalt geworden war, die Auswirkungen der Tat beschrieben. Das Erleben des Brandanschlages rief in ihm die Erinnerungen an Folter und Tod in Libyen wach und nahm ihm nachhaltig jedes Gefühl von Sicherheit. Bis heute leidet er unter den Folgen dieser Erfahrungen. Damit ist er kein Einzelfall. Im Herbst 2018 führten Mitarbeiter\*innen der Opferperspektive e.V.<sup>3</sup> Interviews mit fast allen zum Tatzeitpunkt in dem Heim in Jüterbog lebenden Jugendlichen durch. Mittlerweile leben die meisten in anderen Einrichtungen oder auch schon in eigenen Wohnungen. Der zwei Jahre zurückliegende Brandanschlag, der nur einen verhältnismäßig geringen Sachschaden verursacht hatte, prägt für viele von ihnen immer noch das Alltagsleben. Selbst für die erfahrenen Mitarbeiter\*innen der Opferperspektive e.V. war es überraschend, wie intensiv die Auswirkungen des gescheiterten Brandanschlages auf die Lebenssituation der Angegriffenen heute noch sind. Insbesondere Jugendliche, die in ihren Herkunftsländern oder auf der Flucht Zeugen massiver Gewalt

wurden oder diese am eigenen Leib erlebten und sich mit der Ankunft in Deutschland erhofft hatten, nun in Frieden und Sicherheit angekommen zu sein, leiden unter den Auswirkungen der Tat. Sie beschreiben eine grundlegende Zerstörung des Sicherheitsgefühls, das sie anfänglich in Deutschland hatten und damit verbunden die ständige Präsenz von Erinnerungen an die in den Herkunftsländern oder auf der Flucht erlebte Gewalt. Schlaflosigkeit, ständige Alpträume, Panikattacken sind bei den Betroffenen nicht ungewöhnlich. Das Leiden ist bei einigen so stark, dass sie psychotherapeutische Behandlung benötigen. Verschärft

wird das Problem dadurch, dass einige der Jugendlichen noch weitere rassistische Gewalttaten außerhalb des Heimes erlebt haben und alle von einem manifesten Alltagsrassismus berichten. Dieser äußert sich in bösen Blicken, hinterhergerufenen Beleidigungen, Ausspucken etc. Seit dem Brandanschlag gehen viele der Jugendlichen davon aus, dass hinter diesem Alltagsrassismus der Wunsch steckt, sie zu töten. Deshalb beschränken sie den Aufenthalt im öffentlichen Raum extrem, verlassen ihr Heim oder ihre Wohnung nur, um – möglichst nicht allein – zur Arbeit, zur Schule oder zum Einkaufen zu gehen und dann schnell wieder in die Unterkunft zurückzukehren. Wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen, dann schauen sich viele ständig um, ob hinter ihnen jemand ist, der sie angreifen will. Ein Sehnsuchtsort ist Berlin, dort könne man sich ungezwungen bewegen, gebe es Leute, die freundlich zu einem seien; aber der Weg in die Großstadt ist nicht ungefährlich und man braucht Geld für die kleine Flucht dorthin.

## Übergriffe: Kinder (0-13 Jahre)



Quelle: Opferperspektive e.V.

Es ist vor allem die Kombination aus schwerer traumatischer Vorbelastung durch Gewalterlebnisse im Ausland, der Zerstörung des Sicherheitsgefühls in Deutschland durch die Anschläge auf das Heim und einer aufgrund des präsenten Alltagsrassismus wahrgenommenen ständigen Bedrohungslage, die bei vielen der Jugendlichen anhaltenden psychischen Stress verursacht. Obwohl die mit ihnen arbeitenden Sozialarbeiter\*innen sehr engagiert darin sind, ihnen den Zugang zu Ausbildung und besseren Lebensbedingungen zu ermöglichen, wirkt sich dieser Stress negativ auf den Erfolg der Bemühungen aus. Schlaflosigkeit, Angst und

Depressionen erschweren bzw. verunmöglichen bei einigen Jugendlichen das Erlernen der deutschen Sprache und den Erwerb von Fachkenntnissen in Schule und Ausbildung. Der Rückzug aus dem öffentlichen Raum, das Verbringen der Freizeit vor allem in den Räumlichkeiten der Heime erschweren die Kontaktaufnahme zu gleichaltrigen Deutschen, den Aufbau von Freundschaften und Beziehungen und den Spracherwerb. Damit beeinflusst die erlebte rassistische Gewalt direkt die langfristigen sozialen Perspektiven der jungen Geflüchteten. Ein Verarbeiten des Erlebten, eine Verbesserung der psychischen Situation ist unter den Bedingungen des permanenten Bedrohungsgefühls nur begrenzt möglich. Dazu kommt, dass die meisten der Betroffenen mittlerweile negative Asylbescheide erhalten haben und die Angst vor der erzwungenen Rückkehr in Situationen von Krieg und Gewalt vor allem bei der großen Gruppe der jugendlichen Afghanen erneut akut geworden ist.

Nein, die Aussage „[v]erletzt wurde niemand der etwa 20 Bewohner“ stimmt nicht. Auch wenn keiner der Bewohner der Unterkunft in Jüterbog Brandwunden erlitt, so leiden doch viele der Betroffenen bis heute unter den Folgen der Tat. Sie stellt einen wichtigen Faktor im Prozess ihrer Sozialisierung und Persönlichkeitsbildung dar und beeinflusst nachhaltig ihren weiteren Lebensweg. Damit stehen dieser Angriff und seine Folgen, gerade auch in ihrem Zusammenspiel mit anderen Faktoren, beispielhaft für das Klima anhaltender rassistischer Gewalt, unter dem viele Geflüchtete in Brandenburg leiden.

- 
- 1 <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-07/brandanschlag-jueterbog-fluechtlingsheim-vater-anstiftung>
  - 2 <http://www.maz-online.de/Lokales/Teltow-Flaeming/Mildes-Urteil-fuer-Jueterbog-Brandstifter>
  - 3 Brandenburger Fachberatungsstelle für Betroffene rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung, Kontakt via [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)



